Nr. 2. 15. Jahrg. 8. Januar 1893.

# Neue Tischler-Zeitung

## Zeitschrift für die Interessen des Tischlergewerbes

Publikationsorgan des Deutschen Tischlerverbandes und sämmtlicher freien Vereine der Tischler (Schreiner) und verw. Berufsgenossen, des Verbandes deutscher Korbmacher, sowie der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler etc. und der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse deutscher Korbmacher (Sitz Zeitz).

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nummer: 4559.

Herausgeber: W. Gramm in Hamburg.
Verantwortlich für die Redaktion: Wilhelm Pfannkuch, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: Alb. Röske, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 ₰,
Vergnügungs-Anzeigen 15 ₰, Versammlungs-Anzeigen
und Stellenvermittelungen 10 ₰ pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

### Die Heimstätte.

Der Besitz macht konservativ. Dies ist ein altes Schlagwort der bürgerlichen Gesellschaft, der besitzenden Klassen. Bedingter Weise trifft das Schlagwort zu. So lange neue Eigenthumsbildungen sich vollziehen und mit den alten vorhandenen um die Anerkennung der Gleichberechtigung ringen, sind die ersteren nothgedrungen ein revolutionäres Element. Die alten Gebilde werden erschüttert. Die Vertreter der alten Eigenthumsordnung wollen nur gezwungenermaßen ihre Privilegien aufgeben. Der Zwang kann sich in zweierlei Richtung Geltung verschaffen, auch in beiden Formen zugleich auftreten, bez. die eine Form auf die andere ergänzend einwirken.

Die eine Form läßt sich unter der Bezeichnung zusammenfassen: „historische Entwickelung des Produktionsprozesses", worunter wir die durch diesen Entwickelungsprozeß in die Erscheinung während der Jahrhunderte getretenen wechselnden Arbeitsmethoden verstehen, während die andere Form sich unter den Kollektivbegriff „der objektiven Kategorien" zusammenfassen läßt.

So war beispielsweise das Bindeglied zwischen dem gewerbsmäßigen Handwerksbetrieb und dem gigantische Ausdehnung annehmenden Industrialismus, die sogenannte Manufaktur, völlig geräuschlos neben dem Handwerk erwanden, von diesem vielfach als Wohlthäter betrachtet. Der Pferdefuß kam erst später zum Vorschein. Die durch die Manufaktur gesteigerte Produktion brachte ihren Leitern durch die Pflege des Handels reichen Gewinn, der die Grundlage der Einführung der Großproduktion mit maschinellem Betrieb abgab.

Das solchergestalt aufgestapelte mobile Kapital, auf das der befestigte Grundbesitz geringschätzig herabblickte, rang nach sozialpolitischer Gleichberechtigung mit dem letzteren, in dessen Händen die politische Macht des Staates ruhte. Die völlig veränderte historische Produktionsmethode, die dem Zeitalter den Stempel aufdrückte, verlangte auch nach der äußeren Anerkennung, wollte theilnehmen nicht nur allein an der Organisirung der Gesellschaft, sondern auch an der Regierung des Staates. Die große französische Revolution war als Ausgangspunkt die objektive Bewegung, welche den Siegeslauf des mobilen Kapitals in allen Kulturländern einleitete. Die privatkapitalistische Großproduktion hat seitdem Orgie auf Orgie gefeiert, aber ihr Triumphzug ist mit urgezählten Opfern vernichteter Existenzen bedeckt. Die Masse des Volkes ist zu besitzlosen Proletariern herabgedrückt, denen es sogar zum Theil verwehrt wird, ihr einziges Besitzthum, ihre Arbeitskraft, zur Befriedigung ihres Hungers in Anwendung zu bringen.

Diese Entwickelung nach ihrer Schattenseite hat die bürgerliche Gesellschaft nicht vorausgesehen. Und als das Proletariat nach Erkenntniß seiner Klassenlage zur weiteren Entwickelung der Produktion von Gesellschaftswegen drängte, da witterte die bürgerliche Gesellschaft, ihrer eigenen Jugenderlebnisse eingedenk, das Herannahen objektiver Ereignisse. Die Sentenz von den auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten sozialdemokratischen Bestrebungen kam in Mode, womit doch eigentlich nur dem Willen der bürgerlichen Gesellschaft Ausdruck gegeben wird, in der bisherigen Weise der privatkapitalistischen Produktion fortzuwurzeln.

Wären die Opfer der privatkapitalistischen Produktion einig in den Mitteln und dem Weg, den verheerenden Wirkungen derselben ein Ziel zu setzen, so wäre das wüste Geschrei von dem bevorstehenden Umsturz längst verstummt, man hätte den Wünschen der geschlossenen Masse längst Rechnung getragen. Nur in der Uneinigkeit der von der Großproduktion zu Besitzlosen Gemachten ist die Stärke der Besitzer der Arbeitsmittel zu suchen, wobei die Letzteren nur die unterstützende Rolle haben. Die von den verheerenden Wirkungen der privatkapitalistischen Produktion Betroffenen scheiden sich formell in die Arbeiter und Handwerker. Die Ersteren streben der Entwickelung der Großproduktion im Rahmen des gesellschaftlichen Eigenthums der Produktionsmittel zu, während die Letzteren von wiedererstandener Pracht und Herrlichkeit vergangener Zeiten träumen. Der träumende Zustand dieser bemitleidenswerthen Tröpfe findet durch geschickte Hypnotisirungen eine Förderung, die ein baldiges Erwachen zur Zeit noch ausgeschlossen erscheinen lassen. Doch davon vielleicht ein andermal. Die Arbeiter lassen sich so billiger Weise nicht abfinden. Sie kennen den verwickelten Produktionsprozeß genau. Sie sind nicht engherzig genug, blos ihr Klasseninteresse zu fördern, sondern sie wollen, daß durch die Steigerung der maschinellen Arbeit die menschliche Arbeitskraft entlastet werde und an dieser Entlastung alle Menschen gleichmäßig theilnehmen. Dies ist nur möglich, wenn alle Eigenthumslosen wieder Eigenthümer werden, was dadurch ermöglicht werden kann, daß die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigenthum überführt werden.

Um nun die objektive Bewegung, die auf die Vergesellschaftlichung der Arbeitsmittel hinweist, zu vereiteln, will die bürgerliche Gesellschaft versuchen, unter allen Umständen unter der Arbeiterklasse nochmals eine Trennung herbeizuführen.

Die gehegten Hoffnungen auf Spaltungen innerhalb der Sozialdemokratie, als der anerkannten Führerin der Arbeiterklasse, haben sich nicht erfüllt und werden sich niemals erfüllen, so lange das Proletariat als Kampfpartei seine Kräfte zu sammeln hat. Die Spaltung der Arbeiterklasse soll nun auf anderem Wege versucht und angestrebt werden. Man will versuchen, die Arbeiter zufrieden zu machen, indem man sie zu Eigenthümern, Grundeigenthümern zu machen trachtet.

Die Arbeiter sollen mit einem Häuschen, belegt mit dem wohlklingenden Namen der Heimstätte, beglückt werden. Die Maßregel muß aus dem Eingangs angeführten Grunde jedenfalls als eine von weitreichendem sozialpolitischen Einfluß erkannte sein, denn die Heimstätte soll auch auf das platte Land verpflanzt werden, um die seßhaften Bauern als schützenden Wall gegen die sozialdemokratische Hochfluth vorschieben zu können.

Für die bäuerliche Heimstätte legen sich die Konservativen außerordentlich in's Zeug. Wir sind jedoch der Meinung, sie machen die Rechnung ohne den Wirth. Es ist eine Maßregel, die sogar in entgegengesetzter Richtung als die gewollte ihre sozialpolitische Wirkung äußert. Die Errichtung der bäuerlichen Heimstätte wird das Anerbenrecht verallgemeinern, sodaß die nachgeborenen Kinder des Landmannes, zu Gunsten des Erstgeborenen bedeutend benachtheiligt, keinen anderen Ausweg haben, als nach den Städten zu streben, um dort nach kurzer Zeit mit geringen Ausnahmen das Proletariat zu vergrößern; denn noch nicht einmal auf jedem Dorfe vermag sich ein Schuster, Schneider, Wagner oder Schmied zu ernähren, dazu gehört mitunter erst die Kundschaft einer weiteren Stunde. Außerdem ist es noch sehr fraglich, ob trotz Anerbenrechts der Kleinbauer sich zu halten vermöchte, es sei denn, er werde fanatischer Anhänger des Zweikindersystems, was aber insofern wieder seinen Haken haben würde, alsdann dem Kleinbauern die helfenden Hände entgehen werden, die er sich selber produzirt, weil er fremde Arbeitskräfte nicht zu entlohnen vermag. Das Schicksal, dem er schließlich nicht entgehen kann, besteht darin, daß der Großgrundbesitz sich das kleinere Anwesen arrondirt und die Heimstätte des Kleinbauern so beschneidet, den auf die Gutsherrschaft angewiesenen Tagelöhner sich zu erhalten.

Und die Heimstätte für den landwirthschaftlichen Arbeiter, was kann sie für einen Zweck haben, für eine Wirkung äußern? Der Großgrundbesitz wird deren nur soviel einrichten, als er Tagelöhner zur Bestellung seiner Flächen benöthigt. Ob diese Hörigkeit sich die landwirthschaftlichen Tagelöhner von den ostelbischen Junkern nochmals auferlegen lassen, möchten wir doch füglich bezweifeln, selbst dann noch, wenn auch die Freizügigkeit beschränkt und die Auswanderung erschwert wird. Mit der Errichtung der bäuerlichen Heimstätte wird es ja vorläufig auch noch gute Wege haben. Dagegen soll ja mit der Errichtung der Arbeiterwohnungen in den Städten, wo auch das dringendste Bedürfniß dazu vorhanden ist, alsbald vorgegangen werden. Wenigstens wird so in der bürgerlichen Presse Woche um Woche versichert. Trotzdem können wir noch nicht wahrnehmen, daß die Projekte greifbare Gestalt annehmen.

Konferenzen sind schon genügend abgehalten. Geld ist auch, wenn man den Meldungen bürgerlicher Blätter trauen darf, genügend vorhanden, um den Plan im großen Stile ausführen zu können. Die jährliche Zurverfügungstellung von je einer Million Mark seitens verschiedener Landesversicherungsanstalten ist doch in Aussicht gestellt. Woran fehlt's denn nun noch? Man könnte sich in dieser trübseligen Zeit zunehmender Arbeitslosigkeit doch einen Stein in das Brett bei den Arbeitern setzen, wenn man in verschiedenen Städten Bauarbeiten im großen Stil in Angriff nehmen würde. Man verschaffte doch einem Theil der Arbeitslosen Beschäftigung, steuerte einem dringenden Bedürfniß der Wohnungsnoth, wodurch die Sanirung der Städte wesentlich gehoben würde, worauf die Gemeindeverwaltungen Angesichts der jedenfalls nur schlummernden Choleraseuche an deren Infektionsheerden Bedacht zu nehmen alle Ursache hätten. Warum wird nicht zugegriffen, woran fehlt es denn? Unserer Ansicht nach fehlt es an einem einheitlichen Plan. Gemeinden, Unternehmer und gemeinnützige Gesellschaften sollen, wie offiziöse Notizen lauten, mit Baugeldern zur Errichtung von Arbeiterwohnungen belehnt werden. Wird nun diesen drei verschiedentlichen Bauausführenden eine

Verpflichtung auferlegt, in welcher Größe, Umfang und Einrichtung die Heimstätte des Arbeiters ausgeführt werden muß, und in welcher Weise sie ihm zur Verfügung gestellt werden muß? Gerade in letzterer Beziehung haben die Arbeiter Ursache, vorsichtig zu sein, daß ihnen die Heimstätte nicht auch das Bleigewicht wird, sie der Sprache zur Stellung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu berauben.

Von der Seite, von der man die Arbeiter mit der Heimstätte beglücken will, wird die Arbeiterfreundlichkeit stets mit besonderem Pathos betont. Die beste Arbeiterfreundlichkeit kann aber nur damit bethätigt werden, wenn man die Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit des Arbeiters zu stützen und zu fördern sucht. Das wird aber niemals der Fall sein, wenn der Unternehmer der Bauausführende ist. Diese sollten demgemäß von vornherein davon ausgeschlossen bleiben und nur die Gemeinden damit betraut werden, es ist die beste und einzig berechtigte gemeinnützige Gesellschaft, denn sie hat das Interesse aller ihrer Gemeindeangehörigen zu wahren. Andererseits ist sie auch, wenn sie allen Gliedern das Wahlrecht sichert, das beste Institut der Selbstverwaltung.

Die Gemeinde kann Eigenthümerin der von ihr gebauten Häuser bleiben. Dadurch wird des Arbeiters Bewegungsfreiheit gewahrt. Der Miether hat nur die Zinsen, Abnutzung und einen kleinen Beitrag zur Amortisation zu decken, wobei die Wohnungen immer noch billiger zu stehen kommen würden, als bei dem jetzigen horrenden Wucher, der von manchen Grundstückshyänen getrieben wird. Sollten die Gemeinden genügenden Baugrund nicht besitzen, so könnte im Enteignungsverfahren derselbe beschafft werden. Außerdem haben fast alle Städte Viertel, die im Interesse der Menschlichkeit, womit wohl Alles gesagt ist, niedergelegt werden sollten und für die auf denselben befindlichen Häuser kaum noch eine Entschädigung zu zahlen wäre, indem der Besitz derselben nur ein Privileg zur Ausplünderung der Wenigstbemittelten ist.

Der Grundsatz, der uns dabei leitet, ist kein sozialdemokratischer. Bei seiner Anwendung finden wir uns sogar in der Gesellschaft des Reichstagsabgeordneten Kaplan Hitze, der auch der Meinung ist, wenn ein Gesetz gegen die Neugründung der Fabriken erlassen wird und man die bestehenden noch zwei Jahrzehnte in Wirksamkeit läßt, dann hat man das Recht, dieselben ohne Entschädigung einfach zu annektiren. Was dem Einen recht ist, ist dem Anderen billig. Die Mähr von der Heimstätte des Arbeiters ist uns seit Jahren in die Ohren geklungen. Schaffe man die Arbeiterwohnungen von Gemeindewegen. Die Sache ist wichtig genug, daß die Gemeinden einen Städtetag berufen würden, um einen Plan festzustellen, nachdem einheitlich verfahren würde. Nur ein solches Vorgehen ist der Arbeiterklasse würdig. Sie verschmäht die Wohlthaten der Unternehmer, die nur mit der Nebenabsicht gereicht werden, hündische Dankbarkeit dafür zu fordern. Sie weist die gemeinnützige Gesellschaft von der Hand, weil sie nur der Deckmantel der Bereicherungssucht Einzelner ist. Die Gleichberechtigung Aller kennt nur eine gemeinnützige Gesellschaft, das ist die Gemeinde, die Heimstätte Aller.

---

## Nothstands-Aktionen.

Wieder steht die Gesellschaft allenthalben vor einem erschreckenden Nothstand der arbeitenden, aber jetzt beschäftigungslosen Bevölkerung. Die Agrarpolitik, die sich mit der Aussicht auf eine „gute Ernte" über Alles hinwegzutäuschen liebt, ist wieder einmal gründlich ad absurdum geführt worden. Wir haben speziell in Deutschland dieses Jahr eine recht gute Ernte gehabt, eine kleine Ermäßigung der Zölle auf Lebensmittel hat als Folge der neuen Handelsverträge mitgeholfen, die Preise des Unentbehrlichsten etwas zu ermäßigen, auch die Industrieerzeugnisse aller Art für den unmittelbaren Verbrauch sind auf einer so tiefen Preisstufe angelangt, wie seit Jahren nicht. — und doch, da kaum der Anfang des Winters ins Land gegangen, das alte Elend! In der Reichshauptstadt bestreitet man zwar sein Vorhandensein noch offiziell, wie die führenden Auseinandersetzungen zwischen Magistrat und Arbeitervertretern in der Stadtverordnetenversammlung vom 1. Dezember d. J. gezeigt haben, man bestreitet es, obgleich die Letzteren bereits seit März d. J. die Aufmerksamkeit der Behörden auf vorhandene Mißstände zu lenken versuchten. Aber die Verwaltungsberichte der Gemeindebehörden über den ganz normalen Besuch des Asyls für Obdachlose, über die Steuerrückstände und einzelne Unterstützungsfonds mit ihrem Hinweis auf die „schlechten Zeitverhältnisse" bestätigen die Existenz des Nothstandes auch in Berlin. In Breslau ist das Asyl für Obdachlose ebenfalls überfüllt, in Lübeck erhielt der Senat bereits in der Bürgerschaftsversammlung vom 31. Oktober Mk. 133000 bewilligt, um, wie es in seinem Antrage heißt, „bei einer etwa ungünstig sich gestaltenden Geschäftslage der arbeitenden Bevölkerung die Gelegenheit zum Erwerbe zu vermehren." Aus Hamburg, dessen Bevölkerung noch unter den Nachwirkungen der Choleraepidemie steht, dringen dann und wann herzzerreißende Schilderungen von der Lage der armen Leute in die Presse. In Braunschweig schätzt man die Zahl der Arbeitslosen auf zirka 1500, im rheinischen Industriegebiet legen Eisenbahnverwaltungen, Bergwerke, Hütten und Fabriken um die Wette Feierschichten ein, wenn sie nicht gar zu positiven Arbeiterentlassungen schreiten. In Crefeld theilte der Oberbürgermeister den Stadtverordneten schon in der Sitzung vom 3. November d. J. mit, daß infolge massenhaften Zuzuges verarmter Hausweber und Tagelöhner aus den benachbarten Fabrikorten im Etat der Armenverwaltung der auf das erste Halbjahr entfallende Betrag bereits um Mk. 40000 überschritten sei, und dasselbe Verhältniß wird aus Mühlheim am Rhein, aus Kempen usw. gemeldet. In Halle äußerte gelegentlich der Hauptversammlung des Armenvereins am 15. November ein Stadtverordneter, die Arbeitsnoth könne in diesem Winter noch größer werden, als im vorigen. In Magdeburg taxiren die Arbeiter die Zahl der Arbeitslosen auf zirka 2000, in Mannheim auf 3000. In Stuttgart erstaunt man über die kolossale Steigerung des Armenaufwandes, der an Beiträgen zur Miethe und zur Beköstigung allein den diesjährigen Etat um Mk. 10000 überschreitet. In Nürnberg gab ein gut orientirter Redner in der letzten Arbeitslosenversammlung die Zahl der Beschäftigungslosen auf 2—3000 Köpfe an. Und wie in Deutschland, so steht es in Oesterreich, in England. Bereits im September schätzte man die Arbeitslosen in Großbritannien auf 60000, für jetzt giebt man sie mit 1¼ Millionen Köpfen an. Sir John Gorst, der Vertreter der englischen Regierung auf der Berliner Arbeiterschutzkonferenz, äußerte schon im November: „Diese Arbeitslosen sind eine ständige Drohung für unsere Kultur. Am größten ist das Elend in London und in Nordengland unter den Eisenarbeitern, sowie den Schiffsbauern."

In etwas größerem Maßstabe, als voriges Jahr sucht man dem Nothstande jetzt durch Maßnahmen in einigen deutschen Städten zu begegnen. Früher, als man es sonst gewohnt war, wurden zum Beispiel in Halle a. S. bereits in der Stadtverordnetenversammlung vom 14. November größere Summen für städtische Tief- und Hochbauten bereitgestellt, die zirka 800 Arbeitern und Handwerkern Beschäftigung bieten sollen. In Weißenfels, Mühlhausen i. Th., Braunschweig (Mk. 25000 an Erdarbeiten für 200 Personen und 60—70 Tage), Essen (Flußregulirung), Mainz (Mk. 194000 für Ausschachtungsarbeiten beim Bau des Schlacht- und Viehhofes), Mannheim und Magdeburg wurden in der Folge ähnliche Maßnahmen getroffen. In den Städten äußert sich eben der Nothstand naturgemäß infolge der Bevölkerungskonzentration am akutesten, und es bedarf nur einiger verzweifelter Bewegungen der Schaaren Arbeitsloser, um die städtischen Behörden auf den Zündstoff aufmerksam zu machen, der sich da ansammelt. Und doch — wie elementar sind die Vorkehrungen, selbst dort, wo solche wirklich getroffen würden! Es ist kein städtisches Arbeitsamt da, welches die Organisation der Nothbarbeiten übernimmt. Es muß schon als ein ungeheurer Fortschritt bezeichnet werden, daß man sich in Mannheim entschließen konnte, die Nothstandsarbeiten den Beschäftigungslosen theilweise in Regie zu geben, ein Gedanke, den andere Städteverwaltungen absolut nicht zu fassen vermögen. Hier zieht man die Armenbehörde in Veranstaltungen herein, die doch gerade nicht den Stempel der Armenunterstützung tragen sollen, und dort weiß man der technischen Schwierigkeiten so wenig Herr zu werden, daß die Arbeitslosen lange vergeblich auf den Beginn der längst beschlossenen Nothstandsarbeiten warten müssen. Die Zeit- oder Akkordlohnsätze glaubt man vielfach nicht niedrig genug ansetzen zu können; höchstens, daß der Verdienst pro Tag den ortsüblichen Tagelohn für Ungelernte erreichen soll. 20 Pf. pro Stunde in größeren, 13 Pf. in kleineren Städten, — das sind die Nothstandstarife, die bekannt geworden sind. Theilweise erklären sie sich aus den ganz unzureichenden Summen, die bewilligt wurden, theilweise aus der Besorgniß, neue Arbeitslose möchten herangelockt werden. Man beschränkt deshalb vielfach das Recht zur Betheiligung an Nothstandsarbeiten auf Verheirathete und Solche, die bereits den Unterstützungswohnsitz in der Stadt erworben haben. Aber neben den Städten mit unzulänglichen Vorkehrungen steht ja die lange Reihe derjenigen, welche überhaupt noch keine besonderen Anstalten treffen zu müssen glauben, stehen gerade die größten Gemeindewesen, die dem Nothstand noch ruhig zusehen trotz aller Vorstellungen der Beschäftigungslosen, wie Berlin, Magdeburg, Leipzig, oder die mit ihren Vorkehrungen noch nicht soweit gediehen sind, daß die Arbeitslosen einen Nutzen von ihnen haben, wie Hamburg, Bremen und Frankfurt a. M. Die Versuchung, dasjenige noch dringender zu wiederholen, was der Verfasser in Nr. 26, I. Jahrgang des „Sozialpolitischen Centralblattes" über kommunale Sozialpolitik und die Pflege städtischer Betriebe ausführte, läge ja hier in besonders hohem Maße vor. Denn es steht denjenigen Gemeindeverwaltungen sehr schlecht an, über das Unzulängliche und Tendenziöse, oder über das Nichtzustandekommenfreier Arbeitslosenstatistiken die Achseln zu zucken, da die kommunale Arbeitsvermittelung und die kommunale Sozialstatistik bisher von ihnen noch viel sträflicher vernachlässigt wurden, zwei Einrichtungen, die in solchen Zeiten der wirthschaftlichen Noth gerade ihre beste Bewährung finden würden. Aber man kann die Mangelhaftigkeit der städtischen Vorkehrungen gegen die periodische Arbeitslosigkeit nach wie vor streng beurtheilen und muß doch, gerade im jetzigen Stadium der Angelegenheit und gerade in Deutschland, auf einen Theil zurückgreifen, der vielleicht noch schuldiger ist — auf den Staat.

Das Festhalten an der bloßen Routine, mit welcher die größeren Städte ihrer Pflicht noch gerecht zu werden glauben, erscheint deshalb in noch etwas milderem Lichte, weil die kommende Sozialpolitik noch neu und kaum angebaut ist durch Erfahrung und Praxis. Weit besser vorbereitet nach Wissen und Können müßte aber der Staat sein. Er hat durch seine Verwaltungsbehörden, durch die Gewerbeinspektoren, durch die Arbeiterversicherung seit Langem Fühlung mit den großen Umschlägen im Erwerbsleben, aber er steht ihnen heute noch so gleichgültig gegenüber, wie jemals. Die deutsche Reichsregierung ist bei jeder Aenderung der Gewerbeordnung auf die Wichtigkeit der großen Maßnahmen hingewiesen worden, die Professor Herkner in Nummer 10, 1. Jahrgang dieser Zeitschrift gelegentlich der Arbeitslosigkeit im letzten Frühjahr skizzirte: auf die Abkürzung der Arbeitszeit, auf die Nothwendigkeit größter Bewegungsfreiheit für die gewerkschaftliche Bewegung, welche als Regulator der kapitalistischen Ueberproduktion dienen kann, und, fügt der Verfasser dieser Zeilen hinzu, auf den wirthschaftlichen Segen, der aus einer sozialpolitisch durchdachten Leitung der großen Staatsbetriebe gerade für solche Nothzeiten fließen könnte. Aber alle Mahnungen sind nur in den Wind verhallt. Man ist zufrieden, in jedem Falle ganz gewöhnliche Augenblicksarbeit geleistet zu haben, und Professor Herkner wird nach den Erfahrungen des letzten Jahres vielleicht auch geneigt sein, seinen optimistischen Schlußsatz vom März d. J., daß das Deutsche Reich noch „großen und herrlichen Tagen" entgegengehen könne, in sozialer Beziehung sehr wesentlich einzuschränken. Das Verhalten der Reichs- und Staatsbehörden in Sachen der geltenden und noch in Kraft zu setzenden Sonntagsruhe, die ein Anfang gesunder Arbeitszeitregulirung hätte sein können, hat nicht den Stempel des zielbewußten und entschlossenen Wollens, sondern den des kleinmüthigen Schwankens getragen. Die Reichspostverwaltung hat sich durch ihre berühmten Cholerasammlungen unter den Beamten weitab vom Wege des sozialpolitischen Verständnisses entfernt und sie beschäftigt eben wieder, beim Drang des Weihnachtsgeschäftes, lieber 1000 Soldaten als 500 brotlose brave Arbeiter. In dieser Hinsicht hat sich der englische Generalpostmeister Morley weit vorurtheilsloser gezeigt; er will mehr als 3000 Arbeitslosen während der Weihnachtszeit im Londoner Postamt Arbeit geben. Auch der englische Arbeitsminister stellte Ende November d. J. den Londoner Beschäftigungslosen einige Nothbarbeiten von Staatswegen in Aussicht, bei denen die Lohntarife der Gewerkvereine in Anwendung kommen sollten. Bei uns in Deutschland denkt man garnicht an irgend welches Eingreifen des Staates und überläßt die Sorge ruhig den in diesen Dingen noch gänzlich unerfahrenen Stadtverwaltungen. In Preußen stehen noch über 90 Millionen Mark für bewilligte Bahnbauten bereit, in Bayern ungefähr 25 Millionen. Welcher Segen könnte in der Arbeiterbevölkerung gestiftet werden, wenn nur ein Theil dieser Riesensummen gerade jetzt in Bewegung gesetzt würde. Staatliche Verwaltungen kaufen und bestellen aber freilich erfahrungsgemäß immer in den Zeiten besten Geschäftsganges und vermehren dadurch die unnatürliche Hast der kapitalistischen Produktion mit ihren unvermeidlichen Rückschlägen noch um einige Grade. Außerdem hat man es immer vorgezogen,

italienische Bahnarbeiter zu beschäftigen, und die Schulung Deutscher für die Spezialarbeiten ist dadurch beinahe geflissentlich hintangehalten worden. So fassen die Verwaltungen großer staatlicher Betriebe ihre sozialpolitische Mission auf. In München stellte man mit Beginn des Winters die im Gang befindlichen Staatsbauten ein, statt sie in irgend einer Richtung, welche die Technik erlaubt, zu verdoppeln. In Meiningen ist man taub für die Rufe der Arbeitslosen, die Saaleregulirung wenigstens so lange zu beginnen, als es die Witterung erlaubt. Die staatlichen Forstverwaltungen beschäftigen hier und da eine kleine Gruppe Brotloser, aber von einer systematischen Inangriffnahme umfassender Winterarbeiten, die zugleich Landeskulturarbeiten im besten Sinne des Wortes wären, verlautet nirgends etwas. Im Großherzogthum Baden bemühte sich der bekannte Fabrikaufsichtsbeamte Dr. Wörrishofer, bei den Mannheimer Unternehmern in Konferenzen, die Mitte Dezember d. J. stattfanden, durch die Befürwortung einer Reduktion der Arbeitszeit auf acht und neun Stunden weiteren Arbeitsentlassungen vorzubeugen. Dieses Bemühen in der Stunde der Noth zeugt von hoher sozialpolitischen Einsicht; als jedoch im Bundesrath vor zwei Jahren die Abänderung der Gewerbeordnung berathen wurde, da hatte jene Einsicht keinen Einfluß auf die Stimmen Badens, die frühzeitig auf einen gesetzlichen Maximalarbeitstag hätten dringen müssen, um der Krisis vorzubeugen. Ebenso kam bei der Reform des preußischen Berggesetzes zu Beginn dieses Jahres aus dem Landtage nur die Stimme des Unternehmerthums zu Gehör bei dem preußischen Handelsminister. Alle Anträge auf Einführung der achtstündigen Schicht und eines Verbots regelmäßiger Ueberschichten waren vergeblich. Und doch hätte die Annahme die gegenwärtige Arbeitslosigkeit im Bergbau wesentlich gemildert und eine vernünftigere Vertheilung der Arbeit auf die verschiedenen Jahreszeiten herbeigeführt.

Der jetzige Nothstand und die gänzliche Hülfslosigkeit des Staates ihm gegenüber sind also die unvermeidlichen Folgen früherer, schwerer Unterlassungssünden auf dem Gebiete einer Sozialpolitik, die mehr als Gelegenheitsmacherei ist und über die augenblicklichen Bedürfnisse mit zielbewußten Blicken hinausschaut. Im Reichstag und in städtischen Vertretungen wird zu Beginn des kommenden Jahres durch die Anfragen der Arbeitervertreter den maßgebenden Stellen Gelegenheit gegeben werden, ihre Stellung zu der Arbeitslosigkeit darzulegen. Was werden Diejenigen, welche nur Gelegenheitspolitik trieben, als es noch Zeit zu bessern war, Anderes vorbringen können, als Gelegenheitsentschuldigungen, da wir mitten im Nothstand sind? Es ist nicht viel mehr zu erwarten. Abhülfe gegen Nothstände, wie wir einen solchen im Augenblick erleben, gewährt nur ein Regierungs- und Verwaltungssystem, das von sozialpolitischer Einsicht gewissermaßen durchtränkt ist und bei der unbedeutendsten Maßnahme nur von dieser geleitet wird. Von diesem System sind wir noch sehr weit entfernt, und deshalb werden in absehbarer Zeit alle Nothstandsaktionen nur eitel Flickwerk bleiben.

(„Sozialpol. Zentralblatt.")

## Die Ausdehnung des städtischen Gewerbebetriebes in Preußen.

Zum ersten Male ist eine Uebersicht über den Umfang, in welchem von preußischen Städten gegenwärtig gewerbliche Anlagen in kommunalen Betrieb genommen sind, möglich geworden durch die statistischen Materialien, welche mit dem Entwurfe eines Kommunalabgabengesetzes dem preußischen Abgeordnetenhause vor wenigen Tagen zugegangen sind (Drucksache B. Nr 7, Anlagen zu der Begründung eines Kommunalabgabengesetzes Haus der Abgeordneten, 17. Legislaturperiode, V. Session 1892 93). Diese Uebersicht ist, wie das „Sozialpolitische Centralblatt" mit Recht hervorhebt, von weitreichendem sozialpolitischen Interesse; sie zeigt die Entwicklung, welche der gemeinwirthschaftliche Gewerbebetrieb innerhalb der preußischen Gemeindeverwaltung genommen und welche günstigen Ergebnisse er bereits im Allgemeinen erzielte. Natürlich geben die zu Steuerzwecken veröffentlichten Zahlen ein nicht im Entferntesten hinreichendes Bild. Dasselbe muß wesentlich ergänzt werden durch weitere, hoffentlich nicht ausbleibende Mittheilungen. Vorläufig ergiebt sich aus dem vorliegenden Material nur die Zahl der preußischen Städte von über 10 000 Einwohnern, welche gewerbliche Betriebe besitzen, die allgemeine Beschaffenheit dieser Gewerbebetriebe, sowie die Ziffern der Soll-Ausgaben und -Einnahmen für diese Anlagen und für das Rechnungsjahr 1891 92. Das ist nicht viel, aber doch etwas und vor allen Dingen ein Anfang, der zur weiteren Forschung reizen wird.

Von den 205 preußischen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern besitzen nur 7, nämlich Lüdenscheid (19 430 E.), Luckenwalde (18 399 E.), Recklinghausen (14 044 E.), Kalk (13 559 E.), Burtscheid (13 381 E.), Buchholz-Westf. (13 033 E.) und Biebrich-Mosbach (11 022 E.) überhaupt keine städtischen Gewerbebetriebe, als welche verstanden sind: Gasanstalten und Elektrizitätswerke, Wasserwerke, Hafen- und Werftanlagen, Schlachthäuser, Markthallen, Leihhäuser, Bade- und Waschanstalten, sowie sonstige gemeinnützige Institute. Die Grenze, bis zu welcher städtische Betriebe herunterreichen, liegt also ziemlich tief; eine Stadt muß schon unter 20 000 Einwohner haben, wenn sie sich des städtischen Betriebes irgend eines Gewerbeunternehmens ganz entschlagen kann. Die 198 Städte aber, welche mit solchen Betrieben ausgerüstet sind, hatten insgesammt für dieselben eine Ausgabe von M. 117,9 Mill. für das Rechnungsjahr 1891/92 vorgesehen, worunter noch M. 41,5 Mill. außergewöhnliche Ausgaben sind, während die Einnahmen auf M. 121,3 Mill. veranschlagt waren. Mit solchen gewaltigen Summen operirt bereits der kommunale Betrieb allein in Preußen, mit Summen, welche die in manchem der Privatindustrie überlassenen Gewerbe angelegten Kapitalien sicher bereits weit übersteigen. Im Einzelnen vertheilen sich die Ausgaben und Einnahmen wie folgt auf die verschiedenen Kategorien der kommunalen Gewerbebetriebe (in Millionen Mark):

| auf | Einnahme | Ausgabe | Ueberschuß (+) oder Zuschuß (—) |
|---|---|---|---|
| Gasanstalten u. Elektrizitätswerke | 59,6 | 48,9 | + 9,7 |
| Wasserwerke | 29,6 | 25,4 | + 4,2 |
| Hafen- und Werftanlagen | 2,4 | 6,3 | — 3,9 |
| Schlachthäuser | 4,9 | 8,2 | — 3,3 |
| Markthallen | 8,5 | 7,7 | + 0,8 |
| Leihhäuser | 2,4 | 2,4 | — |
| Bade- und Waschanstalt | 0,7 | 1,2 | — 0,5 |
| Sonstige Anstalten | 12,9 | 17,5 | — 4,6 |

Wenn man die nicht näher angegebenen „sonstigen" Anstalten außer Betracht läßt, ergiebt sich also, daß der kommunale Betrieb der Anstalten für Licht-, Wasserversorgungs- und Marktzwecke die größten finanziellen Aufwendungen erheischt. Die Berechnung des gesammten Ueberschusses und Zuschusses für die einzelnen Kategorien ist natürlich schon deshalb von sehr zweifelhaftem Werth, weil in den Ausgaben die extraordinären stecken. Im Allgemeinen wird man nur sagen können, daß Hafen- und Werftanlagen die größte Zuschußsumme deshalb aufweisen, weil sie in den meisten Fällen garnicht behufs Erzielung eines Ueberschusses betrieben werden. Hier hat der kommunale Betrieb bereits auf jeden direkten kapitalistischen Gewinn verzichtet.

Die Häufigkeit der einzelnen Arten kommunaler Gewerbebetriebe stuft sich so ab, daß Gasanstalten und Elektrizitätswerke die am zahlreichsten vertretene Kategorie bilden, worauf die anderen Kategorien ungefähr in der oben angegebenen Reihenfolge sich anschließen. Unter den größten Städten fallen Frankfurt a. M., Altona, Krefeld, Aachen und Dortmund als solche auf, welche bis jetzt weder eine Gasanstalt, noch ein Elektrizitätswerk betrieben, diese Betriebe also offenbar der Privatunternehmung als lohnendes Monopol überlassen haben. Von einer ausführlicheren Statistik wäre vor Allem zu verlangen, daß sie die von Städten betriebenen Verkehrsunternehmungen separat anführte.

Es muß dem Zweck, auf die interessante Veröffentlichung aufmerksam zu machen, genügen, wenn diese allgemeinen Ergebnisse derselben hervorgehoben werden. Im Uebrigen wäre die Vertiefung der kommunalen Gewerbebetriebsstatistik eine dankbare Aufgabe für die deutschen Städtestatistiker und ihr in dieser Zeitschrift schon öfters erwähntes Jahrbuch. Sicher wird nach Verlauf von weiteren zehn Jahren der gemeinwirthschaftliche Betrieb in den Städten eine noch größere Ausdehnung gewonnen haben und dadurch eine Umgestaltung der Gewerbebetriebsformen überhaupt anbahnen helfen.

## Chirurgische Selbsthülfe.

Die Arbeiter in gewerblichen Anstalten sind nur zu häufig durch unglücklichen Zufall oder durch Nachlässigkeit Beschädigungen und Körperverletzungen ausgesetzt, welche insofern oft verhängnißvoll werden können, als ärztliche Hülfe nicht immer sofort bei der Hand und daher eine längere Arbeitsunfähigkeit des Betroffenen oder noch größeres Unglück unvermeidlich werden. Auch Betriebsstörungen werden infolge der bezeichneten Kalamitäten kaum umgangen und trifft dies besonders für Werkstätten zu, die abseits großer Städte liegen und daher auf den Arzt längere Zeit warten müssen und einen Ersatz an Arbeitskräften nicht sofort beschaffen können.

Zur Wiederherstellung des normalen Zustandes bei verletzten äußeren Körpertheilen hat man nichts Anderes zu thun, als ohne Unterbrechung den Zutritt der atmosphärischen Luft von der leidenden Stelle bis zur vollständigen Heilung abzuhalten. Zu dieser allein rationellen Behandlung mechanisch verletzter Körpertheile gehört aber vor allen Dingen die augenblickliche Anwendung der richtigen Gegenmittel. Es sind nämlich zu unserem Zweck als erste Verbandsmittel in den gewerblichen Anstalten vorrätig zu halten:

1. Ungefähr 5 Liter Glyzerin in Flaschen mit Korkverschluß;
2. ein kleines Arzneiglas voll Kollodium, gemischt mit zwei Volumprozent Glyzerin; der Stöpsel des Glases muß eingeschliffen sein;
3. ein emaillirter Blechkübel in der Größe, daß man Arm oder Fuß darin baden kann;
4. eine Portion Eis.

Die unter 2 angeführte Mischung ist früher von den Photographen gebraucht worden; sie bildet, auf eine Fläche gegossen, sogleich ein zähes, dünnes, luftabschließendes Häutchen. Auch das reine Glyzerin ist einer der besten Luftabschließer. — Ich betrachte das Vorräthighalten der obigen vier einfachen chirurgischen Hülfsmittel auf allen von dem Arzt entfernt liegenden großgewerblichen Anstalten als eine von deren eigenem Interesse gebotene Wohlfahrtseinrichtung und theile nun das Erforderliche mit für ihre höchst einfache Anwendung.

### 1. Behandlung der einfachen Schnittwunde.

Unmittelbar nach der Verwundung wird die leidende Stelle durch einen mit Glyzerin stark befeuchteten Schwamm ausgewaschen und möglichst vom Blut reingehalten, so lange bis Blutung und der Schmerz nachlassen bezw. aufhören, was innerhalb 5—10 Minuten geschieht. Bei sehr stark fließender Wunde wechselt man rasch mit einem zweiten glyzerinfeuchten Schwamm und binde ihn darauf. Je nach der Blutung wechselt man mehrere Mal mit dem Schwamm, der jedesmal gut glyzerinfeucht aufgebunden wird. Ist die Wunde so trocken, daß nur wenig Blut mehr ausfließt, so gießt man das Kollodiumglyzerin in möglichst dünner Lage rasch nach der Wegnahme des Schwammes auf die Wundfläche, auf welcher die Mischung in einer Minute fest wird, und sich, abgesehen von einigen Luftblasen, dicht an der verletzten Stelle anzieht. Durch die Luftblasen dringt noch Blut durch und nimmt man dieses wiederum durch den Schwamm auf, und gießt eine möglichst dünne Kollodiumglyzerin-Lösung nach. Dies Verfahren wiederholt man, bis die Wunde ganz trocken gelegt ist. Dann umwickelt man dieselbe mit Leinwand, ohne stark einzuschnüren. Nach sechs Tagen ist vollständige Heilung eingetreten. Während dieser Zeit hat man das erzeugte Kunsthäutchen vor Verletzung zu schützen und wenn diese dennoch eingetreten sein sollte, so ist sogleich an der verletzten Stelle eine Schicht Kollodium wieder aufzutragen, damit der kalte Brand von der Wunde abgehalten werde.

Ich habe aus einer durch Kammräder veranlaßten gerissenen Wunde abhängende Fleischtheile abgeschnitten und dieselbe darnach in der oben angegebenen Weise behandelt. Diese Behandlung hat die ausgeschnittenen Theile wieder hergestellt, so daß weder durch Form noch Farbe die frühere Wundstelle zu erkennen ist. Auch hier fand Heilung innerhalb sechs Tage statt.

### 2. Behandlung einer Quetschung.

Ist es Fuß oder Unterarm, der die Quetschung erlitten hat, so bringt man den leidenden Theil unter Glyzerin, indem man ihn in den mit dieser Flüssigkeit angefüllten, emaillirten, rein gehaltenen Kübel hält, so lange bis Blutung und Schmerz aufhören. Bei einer von mir so behandelten sehr starken Quetschung des Fußes dauerte dies fünfzehn Minuten. Der Aufguß von Kollodiumglyzerin unterblieb, weil die Epidermis nicht zerrissen war. Der Verletzte setzte am anderen Tage seine Arbeit unbehindert fort, ohne daß denselben Eiterbildung oder Schmerzgefühl gestört hätten.

Wird die Epidermis bei der Quetschung mit verletzt, dann allerdings muß die Kollodiumglyzerinmischung nach dem Bade in derselben Weise aufgetragen werden, wie dies unter 1. angegeben ist. Auch bei einer Verletzung des Kunsthäutchens muß dieses unverweilt durch nochmaligen Nachguß luftabschließend gemacht werden.

Wenn die Schnittwunde oder Quetschung über Gelenke läuft, so muß dem Patienten beim Gebrauch derselben die starke Durchbiegung streng untersagt werden, weil beim Bruch des Kunsthäutchens der Fäulnißschmarotzer leicht in die Wunde eintreten kann und dann der kalte Brand die unmittelbare Folge ist. Man kann die Bewegung am einfachsten durch Unterbindung einer Steife, eines Stückes geknifftes starke Pappe verhindern.

### 3. Behandlung der Verbrennungswunde.

Die Anwendung des Kollodiums ohne Zumischung von Glyzerin bei Brandwunden ist eine schon lange bekannte. Da indeß das Kollodium bei dem Aufguß rasch verdampft und daher eine absolut luftdichte, elastische Kunsthaut nicht zu erzeugen im Stande ist, so ist der Erfolg kein so rascher und kein so sicherer, wie bei der Anwendung seiner Verbindung mit Glyzerin. Die letztere stellt die Brandwunde gleich nach dem Aufguß auf dieselbe trocken und macht sie augenblicklich schmerzlos, sogar die durch Phosphor veranlaßte Verbrennungswunde, die bekanntlich äußerst schmerzhaft ist und zu den gefährlichsten Wunden gehört.

Nach dem Aufguß auf die Brandwunde hat man wie bei 2. seine stete Aufmerksamkeit dahin zu richten, daß das Kunsthäutchen bei einem Bruch desselben sogleich an der gebrochenen Stelle wiederum luftdicht hergestellt werde.

### 4. Heilung des kalten Brandes am äußeren Körper.

Derselbe kündigt sich damit an, daß die Wundstelle anfängt zu schwellen und zu schmerzen und daß die Epidermis in der Nähe der Wunde beginnt, andere Farben anzunehmen. Nerven und Muskel, die mit der wunden Stelle in entfernter Verbindung stehen, fangen an, durch Reflex zu schmerzen. Er entsteht durch den Eintritt der Fäulnißbakterie in die vom Zugange der Luft geöffnete Wunde.

Ein einziges Exemplar derselben vermehrt sich durch einfache Theilung innerhalb 24 Stunden bis zur Zahl von 16 777 216 Individuen; sie ist zu allen Zeiten und allerorts auf der Erde in der Atmosphäre vorhanden und aktionsfähig. In der Temperatur unter 10° C. wird sie aber vernichtet. Auf dieser Eigenschaft beruht die rationelle Heilung des Brandes am äußeren Körper.

Man hält die brandige Stelle nämlich unter Eis oder unter Wasser, das höchstens 6° C hat. So wird selbst der Brand, der in einer Phosphorverbrennungswunde auftritt, sehr rasch geheilt. Die Hand muß öfters in kleinen Zeitunterbrechungen so lange in das kalte Wasser gehalten werden, bis sich die Kälte darin fast zur Unerträglichkeit steigert.

Man wird bei Anwendung dieser Wundheilmethode freudig konstatiren, schreibt der Gewährsmann der „Drechsler-Zeitung", der wir Vorstehendes entnehmen, daß der Patient aller Peinigung enthoben ist und rasch geheilt wird.

## Gewerkschaftliches.

Der sozusagen in der Luft liegende **Streik der Bergarbeiter des Saargebiets** ist am 30. Dezember v. J. ausgebrochen. Warken, der Vorsitzende des Rechtsschutzvereins, ist verhaftet und nach Saarbrücken abgeführt. Die Zahl der Ausständigen ist von Tag zu Tag eine schwankende. Unser Urtheil über den Ausstand, das wir schon früher abgaben, bleibt bestehen, der Ausstand ist eine unbesonnene That.

**Der Vorstand des Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker** erläßt eine Bekanntmachung, aus welcher Folgendes entnommen sei: „Mit dem 31. Dezember d. J. stellt der U. V. D. B. seine Thätigkeit ein und an dessen Stelle tritt der Verband der Deutschen Buchdrucker. Das neue Statut sowie die Beschlüsse des Vorstandes über die Leistungen des Verbandes gehen den Mitgliedern demnächst zu. Betreffs der Sendungen an reisende und konditionslose Mitglieder am Orte bleibt vorläufig dieselbe Karenzzeit und die gleiche Höhe der Unterstützung wie seither im U. V. D. B. — Laut Beschluß des Vorstandes werden den dem Verbande beitretenden seitherigen Mitgliedern des U. V. D. B. die zu letzterem Vereine geleisteten Beiträge in Bezug auf etwaige Gewährung von Unterstützungen in Anrechnung gebracht. Das Eintrittsgeld für Neueintretende beträgt M. 1, für Wiedereintretende M. 2. Der Verband gewährt außerdem Unterstützung an vorübergehend erwerbsunfähige Mitglieder vorläufig in Höhe von M. 7 pro Woche; eine eventuelle baldige Erhöhung der Unterstützung auf M. 10,50 pro Woche unterliegt noch der Erwägung. Die Unterstützung an Erwerbsunfähige wird 52 Wochen geleistet, im Sterbefalle ein Begräbnißgeld von M. 50 resp. 100. Der Verbandsbeitrag ist vorläufig auf 80 ₰ pro Woche für arbeitende und 20 ₰ für arbeitslose und vorübergehend arbeitsunfähige Mitglieder festgesetzt. Der Verband der Deutschen Buchdrucker beginnt seine Thätigkeit in einer schweren Zeit; das in allen

berufen zu Tage tretende Elend der Arbeitslosigkeit macht sich auch in der Kunst Gutenbergs geltend. Leider finden wir bei unseren Prinzipalen hierfür kein Verständniß; das Bestreben derselben geht vielmehr dahin, durch Erweiterung der Lehrlingsskala die Noth noch zu vergrößern. Daß diesen auf weitere Verschlechterung unserer Lage hinzielenden Bestrebungen der Prinzipale nur eine starke Organisation entgegentreten kann, dürfte jedem denkenden Kollegen klar sein. Möge daher ein Jeder, der seine Zeit begriffen, mit aller Kraft dahin wirken, daß die Lauen aufgerüttelt und sich ihrer Pflicht bewußt werden, mitzuwirken an dem Ausbau der Gehülfenorganisation. Durch Gründung gegnerischer Gehülfenvereine und Kassen wird eine Zersplitterung der Gehülfenschaft und eine größere Abhängigkeit derselben von der Prinzipalität beabsichtigt. Kollegen! Laßt Euch nicht irre führen, seid jederzeit eingedenk, daß Eure Interessen naturgemäß nur gewahrt sein können in den Reihen der opferbereiten Kollegenschaft, im Verbande der Deutschen Buchdrucker!"

---

## Achtung, Mitglieder des Fachvereins der Tischler Berlins!

Kollegen! Mit dem 1. Januar traten die Beschlüsse der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. November in Kraft, und ist es wohl nothwendig, dieselben an dieser Stelle nochmals in Erinnerung zu bringen. Die Gründe, welche uns bewogen, den Verein noch ferner bestehen zu lassen, dürften, nachdem so oft darüber debattirt worden, wohl allen Kollegen bekannt sein. Thatsache ist, daß das fernere Bestehen des Vereins und seine fernere Thätigkeit wohl nicht geeignet sein kann, Zwietracht unter die Berliner Kollegen zu bringen, sondern man darf annehmen, daß jeder denkende Kollege einsehen wird, daß der Verein auch noch fernerhin seiner Unterstützung werth ist. Die Herabsetzung des Beitrages auf 5 ₰ den Monat ermöglicht es auch wohl jedem Kollegen, fernerhin Vereinsmitglied zu bleiben. Entsprechend diesem niedrigen Beitrage ist das Statut geändert. Alle die Verpflichtungen, die der Verein als Kampfesorganisation bei dem früheren höheren Beitrage den Mitgliedern gegenüber hatte, übernimmt jetzt die nun für die Berliner Kollegen einzig maßgebende Organisation, der Deutsche Tischlerverband. Je mehr derselbe von der Kollegenschaft unterstützt wird, um so mehr und je besser wird derselbe die Interessen derselben wahren können. Vom 1. Januar ab erhalten die Fachvereinsmitglieder neue Quittungsbücher und werden die Mitglieder hierdurch aufgefordert, auf den Zahlstellen des Vereins die alten Bücher zwecks Austausches gegen neue abzugeben. Um die Zahl der Vereinsmitglieder festzustellen, ist es nothwendig, die Nummern zusammenzuziehen, und werden deshalb die Bücher neue Nummern erhalten. Darum Kollegen, thut, was Ihr beschlossen habt. Wahret Eure Rechte an dem von Euch zusammengebrachten Vereinsvermögen, indem Ihr den winzigen Beitrag auch fernerhin bezahlt, sorgt aber auch dafür, daß Eure Interessen auch fernerhin gepflegt werden, indem Ihr Euch Alle dem Deutschen Tischlerverbande anschließt.

Mit kollegialem Gruß

**Der Vorstand.**

---

**Tabakarbeiter-Genossenschaft zu Hamburg.** Man schreibt uns: Eines derjenigen Arbeiterunternehmen, welches auf der Grundlage der vom Parteitag über das Genossenschaftswesen beschlossenen Resolution errichtet wurde, ist die Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg. Dieselbe war eine direkte Folge des Ausschlusses der Tabakarbeiter in Hamburg-Altona-Ottensen. Die Genossenschaft, welche die Gemaßregelten sofort einstellte, machte weitere Maßregelungen dadurch unwirksam und bewirkte, daß die Fabrikanten, des Nutzlose ihrer Gewaltmaßregeln einsehend, den Kampf gegen den ihnen so sehr verhaßten Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter aufgaben.

Trotz des damals den Arbeitern abgezwungenen Reverses zum Austritt aus der Organisation fällt es heute keinem Fabrikanten mehr ein, wegen Zugehörigkeit zur Gewerkschaft Jemanden zu entlassen. Dieses Resultat war im Wesentlichen nur zu erreichen durch die Sympathie, welche die Arbeiter Hamburgs der Tabakarbeiter-Genossenschaft entgegenbrachten. Wie aus einem kürzlich in Hamburg und Umgegend verbreiteten Zirkular der Genossenschaft ersichtlich, besitzt dieselbe dort 70 Verkaufsstellen, in welchen nur die Fabrikate der Genossenschaft verkauft werden.

Während die Zigarrenfabrikanten Hamburgs, mit nur wenigen Ausnahmen, Hausarbeit ausgeben, einige sogar ihre Waaren in Zuchthäusern anfertigen lassen, hat die Tabakarbeiter-Genossenschaft jetzt die größte Fabrik in der dortigen Gegend, in welcher ca. 150 organisirte Tabakarbeiter beschäftigt werden. Für die Agitation gegen die gerade in der Tabakbranche so verderblichen Wirkungen der Hausindustrie ist die Thatsache, daß den Arbeitern selbst es gelungen, durch eigene Kraft eine derartig große Fabrik zu errichten, ein nicht unwesentliches Moment, welches dadurch noch an Bedeutung gewinnt, daß die Fabrikate der Genossenschaft aus dem besten Material hergestellt werden und dieselbe mindestens 33⅓ pCt. mehr an Lohn zahlt, als ihre kapitalistischen Konkurrenten.

Das Bestreben der Genossenschaft war nun von Beginn an, nicht nur in Hamburg, sondern auch in anderen Orten, wo solches noch mehr dringender nothwendig ist, den Tabakarbeitern einen Rückhalt gegen die Unterdrückung der Fabrikanten zu schaffen. Beim Tabakbau Deutschlands, in welchen die Tabakindustrie vorherrschend ist, sind der Tabakarbeiter- und damit der allgemeinen Arbeiter-Bewegung heute noch verschlossen. Jeder Versuch zur Organisation wurde dort seit jeher von den Fabrikanten gewaltsam unterdrückt. Die Genossenschaft hat nun gleich in einer ihrer ersten Generalversammlungen den einstimmigen Beschluß gefaßt, so weit es in ihren Kräften steht, durch Errichtung von Fabrikfilialen zunächst in den meist unterdrückten Distrikten den dortigen Kollegen die Organisation und Agitation zu ermöglichen. Auf eine Anfrage beim Ausschuß des Tabakarbeiterverbandes wegen Errichtung einer Fabrikfiliale wurde der Genossenschaft zunächst Emmerich in Vorschlag gebracht. Dort wurden bekanntlich vor zirka zwei Jahren die Tabakarbeiter infolge einer Bewegung über ihre niedrigen Löhne ausgeschlossen. Nach benachtigtem Ausschluß beschlossen die dortigen Fabrikanten, diejenigen Tabakarbeiter, welche treu zu ihrer Organisation hielten, nie wieder in Beschäftigung zu nehmen. Seit Anfang September v. J. hat nun die Genossenschaft selbst eine Fabrik errichtet, sämmtliche politisch sowie gewerkschaftlich Gemaßregelten sind eingestellt worden. Unsere dortigen Genossen haben durch Errichtung der Filiale noch den Vortheil, daß sie jetzt endlich einmal wieder in der Lage sind, eine Volksversammlung abhalten zu können. Die Gegner der Arbeiterbewegung haben es zu Wege gebracht, den Arbeitern zu einer gewerkschaftlichen oder politischen Versammlung jegliches Lokal abzutreiben. So lange dieser Zustand dauert, werden die in der Genossenschaftsfabrik in Eschwege Beschäftigten ihre Fabrik, wenn's nothwendig ist, einmal aufräumen, um dort eine Versammlung stattfinden lassen zu können.

Die Errichtung einer Fabrikfiliale ist selbstredend mit nicht unerheblichen Kosten verknüpft. Die Genossenschaft, welche keine Dividenden zahlt, hat von dem Ueberschuß des Vorjahres den bestmöglichen Gebrauch für die Arbeiter gemacht, indem sie denselben zur Errichtung der Fabrikfiliale verwandte. Um nun aber auch die Möglichkeit zu schaffen, daß die Gemaßregelten ständig beschäftigt werden können, wird eine größere Unterstützung des Unternehmens auch im Inlande erforderlich sein. Wenn auch ein Theil der in Eschwege hergestellten Zigarren von der Genossenschaft in Hamburg als Wirthschaftszigarren abgesetzt werden, so wird dies doch nicht genügen.

Durch Einführung der Eschweger Fabrikate ist die Genossenschaft mehr als bisher in der Lage, den Anforderungen bezüglich des Geschmacks und der Preisverhältnisse im Inlande Rechnung tragen zu können; es werden jetzt in Hamburg und Eschwege zusammen an 35 verschiedene Sorten Zigarren in der Preislage von ℳ 33 bis 110 pro Mille verfertigt.

Die Genossenschaft verkauft ihre Waaren, so lange direkte Verkaufsstellen in einem Ort noch nicht bestehen, oder solche in nicht ausreichender Zahl vorhanden sind, nicht nur an Zigarrenhändler, sondern auch an Vereine, Wirthe, Krämer und Private, und ist dadurch den Genossen allerorts Gelegenheit gegeben, zum Absatz der genossenschaftlichen Fabrikate und damit für die so nothwendige Erhaltung der Eschweger Filiale ihr Theil beitragen zu können, wozu wir durch diese Zeilen die nöthige Anregung gegeben haben möchten. Wegen weiterer Aufschlüsse wende man sich direkt an den Vorstand der Tabakarbeiter-Genossenschaft, Hamburg-Eimsbüttel, Schäferstr. 17/19.

# Deutscher Tischlerverband.

## Bekanntmachung des Ausschusses.

Das Mitglied **Wolfgang Hölzel**, Buchnummer **3661**, geboren den 12. November 1870 zu Eslarn, ist auf Grund des § 16 Abs. b des Statuts aus dem Verbande ausgeschlossen. Der pp. Hölzel, dessen Ausschluß von den Kollegen Regensburgs beantragt, befindet sich zur Zeit noch dort. Die Mitglieder des Verbandes, sowie andere Kollegen werden vor dem Wolfgang Hölzel ganz besonders gewarnt, da derselbe in Regensburg einen Theil der Kollegen beschwindelt hat.

---

## Agitationskommission für Hessen und Nassau.

### Quittung über die in den Monaten Oktober, November und Dezember 1892 eingegangenen Beiträge.

Für das 3. Quartal: Bockenheim ℳ 1,89, Gießen ℳ 1,10, Hanau ℳ 2,55, Oberad ℳ —,69; für das 4. Quartal: Kreuznach ℳ —,50, Frankfurt a. M. ℳ 7,92, Höchst a. M. ℳ 3,—, Oberad ℳ 1,05. Summa ℳ 18,70.

Die folgenden Zahlstellen des Bezirks: Biebrich, Bessungen, Darmstadt, Homburg v. d. H., Marburg, Mommbach, Bilbel, Worms und Wetzlar haben bis jetzt überhaupt noch nichts an Beiträgen eingeschickt. Wir ersuchen die Verwaltungen dieser sowie auch derjenigen Zahlstellen, welche noch für das 3. Quartal 1892 im Rückstande sind, baldmöglichst die fehl. Beträge an die unterzeichnete Adresse einzusenden, denn die Agitationskommission kann als solche nur dann mit Erfolg thätig sein, wenn ihr die erforderlichen Baarmittel zur Verfügung stehen.

J. A.: **Aug. Schermuly**, Kassirer,
Frankfurt a. M., Dreikönigstraße 29, 2. Et.

---

# Korrespondenzen.

**(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben. D. R.)**

---

**Wesselburen (Holstein).** Wir machen unsere Verbandsmitglieder darauf aufmerksam, daß wir in unserem Orte für durchreisende Kollegen eine Tischlerherberge errichtet haben und bitten diejenigen Kollegen, welche hier durchreisen, nur dort zu verkehren, woselbst sie eine Unterstützung von 40 ₰ erhalten. Wir sind hier mit sechs Verbandsmitgliedern vertreten. Der Verkehr befindet sich bei Reimers, Blankennaustraße.

J. A.: **Otto Lindner.**

**Rixdorf.** In der öffentlichen Versammlung der Tischler und verwandten Berufsgenossen für Rixdorf und Umgegend, die am 27. Dezember tagte, stand auf der Tagesordnung die Stellungnahme zum Deutschen Tischlerverband. Kollege Wiedemann-Berlin referirte über diesen Punkt und führte den Anwesenden in überzeugender Weise die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation vor Augen. Er legte dar, wie die Arbeitslosigkeit sich von Jahr zu Jahr steigert; die Fabrikgeschäfte arbeiteten z. B. mit einer dreifachen Ueberproduktion und richteten sich durch die übergroße Konkurrenz selbst zu Grunde. Was nun den Verband selber betreffe, so ständen uns die etwaigen früheren Bedenken nicht mehr im Wege. Die Generalversammlung des Fachvereins der Tischler habe gegen drei Stimmen den Uebertritt beschlossen; auch für die Rixdorfer sei es daher in jeder Beziehung zweckmäßig, sich dem Anschluß zu fügen und für neue Mitglieder fleißig zu agitiren. In der Diskussion sprachen mehrere Kollegen, sowie auch Drechsler, Maler und andere Bundesbrüder. Jonas (Mitglied des Drechslerverbandes) tadelte die allzu großen Kosten der Verwaltung und wünschte, daß sämmtliche Branchen einem Verband beitreten möchten, um so sparen zu können. Thomas, der auf dem Halberstädter Kongreß war, erklärte, daß dieser Punkt dort nicht erledigt werden konnte; es sei beschlossen worden, zuerst die Branchen zu zentralisiren, um dann später einen Industrieverband zu gründen. Koblenzer (Tischler) erläuterte die Beschwerde über die großen Verwaltungskosten dahin, daß jetzt, wo nur wenige Mitglieder in jedem Verbande sind, die Kosten ebenso hoch seien, als wenn sämmtliche Branchen in einem Verbande vertreten sein würden. Die Interessen der einzelnen Branchen könnten dann ebenfalls durch Vertreter im Vorstand gewahrt werden. Kollege Wiedemann macht noch bekannt, daß nächstes Jahr ein Holzarbeiter-Kongreß stattfinden wird, welcher sich mit der in der Versammlung aufgeworfenen Frage beschäftigen und voraussichtlich beschließen werde, sämmtliche Organisationen in einen Industrieverband zu verschmelzen. Folgende Resolution, die vorher mit in der Diskussion besprochen worden war, gelangte einstimmig zur Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und verspricht, mit aller Energie dahin zu wirken, daß sich sämmtliche Kollegen dem Deutschen Tischlerverband, Zahlstelle Berlin, anschließen, um durch einmüthiges Vorgehen eine bessere Lebenshaltung zu erringen." Retzerau (Maler) verpflichtet sich, seinen sämmtlichen Abonnenten auf den „Vorwärts", sowie auf das „Teltower Volksblatt" auch die „Neue Tischler-Zeitung", die jedes Verbandsmitglied erhält, gratis zu besorgen.

**Eilenburg.** (Situationsbericht.) Da hier die Lehrlingszucht in höchster Blüthe steht und dieselbe fast nirgend durch die Behörden beeinträchtigt wird, so überraschte es hier allgemein, daß im Juli v. J. die Werkstätten mehrerer Innungsmeister, wo Sonntagsarbeit etwas Selbstverständliches war, polizeilich an dieser Gewohnheit verhindert und auch Fragebogen folgender Art vertheilt wurden.

„Infolge einer an den Herrn Regierungs-Präsidenten gerichteten Beschwerde über die Behandlung der Lehrlinge in hiesigen Tischlerwerkstätten sehen wir uns genöthigt, Sie um Beantwortung folgender Fragebogen zu ersuchen, die Antwort wollen Sie uns demnächst schleunigst einreichen.

Die Polizeiverwaltung.
(Unterschrift des Bürgermeisters)

Durch wen die betreffende Beschwerde an die Regierung gerichtet wurde, ist uns bis jetzt noch nicht gelungen zu erfahren, nehmen aber an, daß es der Fabrikinspektor war, berechtigt war sie auf alle Fälle. Die Fragen erstrecken sich auf folgende Punkte (zur besseren Uebersicht führen wir gleich in Klammern die Antwort verschiedener Meister, deren ausgefüllte Bogen uns zu Händen kamen, an).

1. Wie viel Gesellen bei wie viel Lehrlingen (meistens ein bis zwei Gesellen bei 3—6 Lehrlingen)

2. Arbeitszeit der Lehrlinge in der Woche und Sonntags. (Dieses ist der interessanteste Punkt und zwar deshalb, weil übereinstimmend von früh 6 Uhr bis Abends 7 Uhr, bei ½-stündiger Frühstücks- eine Stunde Mittags- und ½-stündiger Vesperpause angeführt war, Sonntags nur bei Einigen. Einer verrieth jedoch die Sache und schrieb, früher bis Mittag, jetzt garnicht. Dieses war der Schwerpunkt. Als die Fragebogen ausgegeben waren, trat sofort obige Aenderung ein und man schrieb sie auf die Bogen, was aber noch 14 Tage zuvor Mode war, 11 bis 14 Stunden in der Woche und Sonntags bis Mittag und noch länger, davon schrieb Paulus nichts)

3. Werden die Lehrlinge technisch und theoretisch ausgebildet? (Technisch durch mich selbst [den Lehrmeister], theoretisch durch die Fortbildungsschule, meistens aber schrieb man, sie besuchen dieselbe nicht gern, und behielt sie desto lieber an der Bank, genau so bei der Frage. Besuch des Gottesdienstes, wo ein Meister schrieb, „leider nach Bedürfniß." Die meisten aber „so oft sie verlangen." Man hat sich aber von dem Schreck so ziemlich wieder erholt und die Uhr geht meistens Abends ein bis zwei Stündchen „nach."

Was die Bewegung am Orte anbetrifft, so ist nach dem Streik von vor zwei Jahren eine bedeutende Lauheit eingetreten und viele Kollegen, die man früher als tüchtige Kräfte ansah, haben sich wieder den Harmoniedusel-Vereinen zugewandt, wo sie für ihre Beiträge alljährlich zum Stiftungsfest einmal das Fleisch von den Knochen einer alten Gans abknabbeln können und nicht das erhebende Gefühl empfinden, das ihnen sagt, Du steuerst zur Organisation, um auch dem Arbeitslosen, der hungernd auf der Landstraße umherirrt, sein trauriges Loos durch die Reiseunterstützung etwas zu erleichtern.

Einige auch besuchen die Versammlungen aus rein nichtigen Gründen nicht mehr, theils deshalb, weil sie die Kollegen, die beim Streik für eine oder die andere Forderung eintraten, und dann zuerst beim Eintritt der Krise sich wieder auf die alten Verhältnisse drängen ließen, für den ganzen Rückgang verantwortlich machen wollen, ohne zu bedenken, daß die Schwankungen der Konjunktur jede Streik-Errungenschaft vernichten können. Diesen rufen wir zu, gebt Euer Vorurtheil auf, kommt wieder in die Versammlung und tauscht Eure Meinungen aus, dies wird zur klaren Erkenntniß und zu besseren Verhältnissen führen. Es ist zu bedauern, daß die Versammlung, in welcher Herr Drechslermeister Moß aus Leipzig vor den hiesigen Holzarbeiter-Gewerkschaften einen sehr interessanten Vortrag hielt, so schwach besucht war. Auf den Vortrag noch ganz kurz eingehend, führte Redner vor Augen, wie durch das Zusammenschließen aller Arbeiter nur noch die Uebergriffe des Kapitals abzuparriren seien, die vielen Arbeitslosen, durch Verkürzung der Arbeitszeit Arbeit erhalten könnten usw. In der Diskussion führte noch Kollege Opiermann an, daß die Arbeitslosigkeit innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung auf die Dauer nicht beseitigt werden könnte, denn dieselbe liegt nicht allein in der langen Arbeitszeit, sondern auch und zwar hauptsächlich in der planlosen, unberechenbaren Produktionsweise unseres heutigen Privatkapitals; denn angenommen, die Arbeitszeit würde, der Zahl der Arbeitslosen entsprechend, verkürzt, so würde doch da wo ein Unternehmer unberechenbar mehr Produkte fertigen ließ als gekauft werden können, die Produktion stocken und Arbeiter entlassen werden. Die Arbeitslosigkeit wird nur mit der heutigen Gesellschaftsordnung beseitigt werden, die Verkürzung der Arbeitszeit jedoch ist vom gesundheitlichen als auch vom menschenwürdigen Standpunkt zu seiner baldigen Einführung zu befürworten.

Der Referent erklärte im Schlußwort auch auf diesem Standpunkt zu stehen, jedoch sei dieses am besten zu erreichen, wenn sich die Arbeiter den bestehenden Organisationen anschließen, wo sie dann mit vereinten Kräften dieses Ziel erreichen würden.

**Regensburg.** Um unseren deutschen Kollegen zu zeigen, daß wir hier nicht auf Rosen gebettet sind, beleuchten wir unsere wenig beneidenswerthe Lage. Mitgetheilt sei, daß es uns gelungen ist, den hier bestehenden Zwiespalt unserer Berufsgenossen wenigstens äußerlich beizulegen, und die Mitglieder des Tischlerfachvereins, welcher bis vor einem Jahre neben der Verbandszahlstelle existirte, zur Auflösung ihres Vereins und zum Beitritt zum Verbande zu bewegen. Ersteres wurde nach langen vergeblichen Vorstellungen doch endlich befolgt. Mit dem Letzteren ließen die Meisten bis auf die in jüngster Zeit eingetretenen Vorkommnisse vergeblich auf sich warten. Leider behelfen sich einige mit der bei vielen anderen deutschen Kollegen vorherrschenden Ausrede: Wir sind ja bei der sozialdemokratischen Partei und verwenden da unsere Kräfte zum Wohle der Arbeiterklasse. Allein wer

können dies nicht als stichhaltigen Grund für das Fernbleiben vom Verbande betrachten. Im Gegentheil wäre es Pflicht eines jeden Kollegen (Genossen) dem Verbande beizutreten. Es läßt sich leicht Sozialdemokrat spielen, denn man hat dabei weniger pekuniäre Opfer zu bringen und kann dabei doch bei jeder Gelegenheit das große Wort führen und sich als Verbesserer der Klassenlage der Arbeiter aufspielen und sich dabei nicht einmal bemüßigt fühlen, ein Parteiorgan zu halten. Dies ist jedoch bei einem Gewerkschafter nicht der Fall, denn dieser hat seinen ständig fortlaufenden Beiträgen und Extrasteuern nachzukommen, der nebenbei bestehender freiwilligen Abgaben und Unterstützungen garnicht zu gedenken. Wir nehmen an, daß durch die schlechten wirthschaftlichen Verhältnisse viele Kollegen (Genossen) zu dieser vagen Ausrede greifen. Es sollten sich daher die Kollegen mehr nach dem Grundsatz richten und handeln: wer ernten will, muß auch säen. Bedauernswerthe Erfahrungen machten wir von einigen früheren Kollegen, welche nun selbstständig geworden sind und die Ausbeutung der Arbeiter aus dem ff verstehen, und haben hierunter hauptsächlich die jüngeren und unorganisirten Kollegen zu leiden. Einer von diesen Herren verdient besondere Beachtung; es ist der frühere Vorstand und Mit-Gründer des Fachvereins, Schreinermeister Mader. Genannter Herr bewies seine geistigen Fähigkeiten und sein Wohlwollen gegen die Arbeiter bei einem Vergleiche mit einem Arbeiter, woselbst der Bevollmächtigte als Vermittler den Verband vertrat. Diesem wies er mit den Worten: „Sie haben hier nichts zu suchen," die Thür. Derselbe ließ sich jedoch nicht irre machen und blieb als stummer Zeuge anwesend. Dem Kollegen gegenüber äußerte er, als sich derselbe auf das Gesetz berief und ihn vor unangenehmen Folgen warnte: „Ich kenne kein Gesetz, das Gesetz geht mich nichts an." Leider war infolge Mangels eines Gewerbegerichts dem Herrn Mader nichts anzuhaben und bedauern wir nur seinen Ausspruch, welcher mit seinem früheren Auftreten nicht in Einklang steht. Er verleugnet eben jetzt seine früheren Prinzipien, was eines Mannes unwürdig ist; denn seit der Zeit, daß ihm Altar und Kanzel zur Verfertigung angetragen worden sind und er Hausbesitzer ist, ist er um kein Haar besser als seine Herren Kollegen von der ehrsamen Zunft. Erfreulich ist der Widerstand, welcher der Einführung der Akkordarbeit in einigen größeren Geschäften entgegengesetzt wurde. Hauptsächlich ist das Scheitern derselben dem einmüthigen Zusammenhalten der betreffenden Werkstellen zu verdanken, es sind das größtentheils Verbandskollegen, welche sich unter keiner Bedingung für die Akkordarbeit bewegen ließen. Durch dieses Vorgehen ermuthigt, traten zirka 30 Kollegen dem Verbande bei, so daß in dem größten Geschäfte bis auf einen sämmtliche Kollegen im Verbande sind und in dieser für die anderen Werkstellen tonangebenden Fabrik, in absehbarer Zeit nicht an die Einführung der Akkordarbeit zu denken ist. Unser ferneres Bestreben ist es nun, die bestehenden Mißstände in ehester Zeit zu regeln, und uns eine bessere Lebensstellung (wenn möglich auf gütlichem Wege) zu erringen, und rechnen dabei auf die thatkräftige Unterstützung der hiesigen Kollegen und Arbeiterschaft.

## Verband deutscher Korbmacher.

**Da der Streik der Berliner Kollegen noch nicht beendet, so ersuchen wir die Filialvorstände, nach Kräften zu sammeln und den Ertrag an unseren Kassirer Schütt zu senden. Auch ist der Zuzug nach Berlin streng fernzuhalten.**

**Der Vorstand.**

## Korrespondenzen.

**Berlin.** Am 27. Dezember fand in den Zentralfestsälen, Oranienstraße 180, eine öffentliche Versammlung der Korbmacher Berlins mit der Tagesordnung: „Sind unsere Forderungen berechtigt oder nicht?" statt. Als Referent fungirte Kollege Keller. Derselbe legte nochmals die Verhältnisse klar, und ergab der Vortrag, daß die Verhältnisse sehr günstig liegen. Alsdann machte er bekannt, daß die Firma O. Anding im Königlichen Zuchthaus zu Brandenburg 20- bis 30 000 Stück Kinderwagen anfertigen läßt und ungefähr vor 14 Tagen Kontrakt mit der Kinderwagenfabrik Kutzß, Inhaber Schaffert (Letzterer Unternehmer des Zuchthauses) abgeschlossen worden ist. Alsdann wurde beschlossen, dies der Königlichen Militärverwaltung zu unterbreiten. Hierauf ging folgende Resolution ein: „Die heute in den Zentral-Festsälen, Oranienstraße 180, tagende öffentliche Versammlung der Korbmacher Berlins erklärt: 1. den Streik unter allen Umständen hochzuhalten und spricht die Hoffnung aus, daß die Kollegen, welche bis jetzt zum Streikbrecher geworden sind, sich von jetzt ab unserer gerechten Sache wieder anschließen und nicht eher wieder anfangen, bis 50 ₰ bewilligt sind; 2. dahin zu wirken, die Handlungsweise der Herren O. Anding und A. Starke gebührend zu beleuchten und dahin zu wirken, soviel wie möglich Klarheit in dieser Sache zu schaffen." Dieselbe wurde einstimmig angenommen. Sämmtliche Redner erklärten sich für Fortsetzung des Streiks. Herr Voigt forderte alsdann auf, sich der freien Hülfskasse der Korbmacher anzuschließen. Es entspann sich zwischen Vorstandsmitgliedern der Freien Hülfskasse und der Ortskrankenkasse darüber eine lebhafte Diskussion, welche von mehreren Rednern seitens der Freien Hülfskasse gebührend beleuchtet wurde. Der Unternehmer Herr Kukes, Markusstraße 18 19, erklärt, daß er vom 1. Januar 1893 an 50 ₰ bezahlen will, was von der Versammlung mit Freuden begrüßt wurde. Sodann folgte Schluß der Versammlung.

## Sozialpolitische Rundschau.

**Reichsstatistische Aufnahme.** Die von der Reichskommission für Arbeiterstatistik im Frühjahr beschlossene Aufnahme der Arbeitsverhältnisse in den Bäckereien und Konditoreien hat insoweit ihre Erledigung gefunden, als die Aufnahme beendet und dieselbe im Reichsstatistischen Amt bearbeitet worden ist. Das Resultat dieser Zusammenstellung ist den Mitgliedern der Reichskommission kürzlich übermittelt worden. Bei der nun wohl bald in Aussicht stehenden zweiten Konferenz der Kommission dürfte wohl die Anregung erfolgen, welche Wege vom Reichs wegen einzuschlagen sind in legislatorischer Beziehung geregeltere Zustände für die Arbeiter im Bäckereigewerbe herbeizuführen. Der Vorsitzende der Kommission, Herr v. Rottenburg, ist zwar noch immer leidend, jedoch dürfte das kein Hinderungsgrund sein, die Arbeiten der Kommission zu verzögern. Nach der „Nordd. Allg. Ztg." ist das Ergebniß der Erhebungen kurz folgendes:

Die Umfrage erstreckte sich auf 398 Orte in allen Theilen des Reichs und verschiedenen Größenklassen. Es wurden 5347 Fragebogen vertheilt, von denen 2758 von Arbeitgebern und 2589 von Arbeitnehmern beantwortet wurden. Die 5347 Befragten machen etwa den zehnten Theil der überhaupt vorhandenen Betriebe mit Gehülfen aus; es waren darin 14 102 Hülfspersonen beschäftigt; hiervon waren 13 060 bei Herstellung der Backwaaren (davon 4189 Lehrlinge) und 1042 für den Verkauf angenommene Personen (davon 992 weibliche) beschäftigt.

Was die Arbeitszeit (ohne Abzug der dazwischen liegenden Pausen und mit Einschluß der Nebenarbeiten) anbetrifft, so ergiebt sich, daß von 100 Betrieben

| nach den Aussagen der Arbeitgeber | Arbeitnehmer | | Stunden |
|---|---|---|---|
| in 59,4 | 47 0 | Betrieben | 12 und weniger, |
| „ 28,4 | 28 9 | „ | mehr als 12—14, |
| „ 8 8 | 17,7 | „ | mehr als 14—16, |
| „ 2 0 | 4,3 | „ | mehr als 16—18, |
| „ 0.4 | 1,0 | „ | mehr als 18, |
| „ 1,0 | 1,1 | „ | unbestimmt |

gearbeitet wird. Nach den Aussagen der Arbeitgeber hat also etwas mehr als die Hälfte, nach den Aussagen der Arbeitnehmer etwas weniger als die Hälfte aller Betriebe eine 12stündige und geringere Arbeitszeit; etwas mehr als ein Viertel der Betriebe hat (nach den Aussagen beider Arten von Auskunftspersonen) eine 12—14stündige Arbeitszeit; 11,2 Prozent nach den Aussagen der Arbeitgeber, 23 0 Prozent nach den Aussagen der Arbeitnehmer haben eine Arbeitszeit von mehr als 14 Stunden. Diese Ergebnisse sind erheblich günstiger als die Ermittelungen der Bebel'schen Privatenquete, die nur in 664 Bäckereien vorgenommen und nur durch Befragen der Arbeitnehmer bewirkt wurden. Diese sind, wie auch aus den obigen amtlichen Zahlen hervorgeht, stets geneigt, etwas stärker aufzutragen. Nach der Bebel'schen Enquete wird in noch nicht einem Viertel der von ihm befragten Betriebe 12 Stunden und weniger, in einem Drittel der Betriebe mehr als 12 bis 14 Stunden, in 25,1 Prozent der Betriebe mehr als 14 bis 16 Stunden, in 14,2 Prozent der Betriebe mehr als 16 bis 18 Stunden und in 3 Prozent der Betriebe mehr als 18 Stunden gearbeitet.

Wenn auch die Erhebungen, welche der Bebel'schen Zusammenstellung zu Grunde liegen, keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen können, so geht der Werth der von Reichs wegen gemachten Erhebungen um keinen Deut höher. Dieselben können auch den Anspruch auf Vollständigkeit nicht erheben. In manchen Orten haben die Betheiligten außer den Befragten kaum eine Ahnung von der Aufnahme der Statistik gehabt. Ein abschließendes Urtheil über den Werth der Aufnahme wird erst dann möglich sein, wenn die reichsstatistische Arbeit in ihrem ganzen Umfange bekannt sein wird.

**Zölle und Verbrauchssteuern.** Für die Zeit vom 1. April 1892 bis zum Schlusse des Monats November 1892 sind von Einnahmen (einschließlich der kreditirten Beträge) an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern sowie von anderen Einnahmen im Deutschen Reich zur Anschreibung gelangt:

Zölle M. 261 591 355 (gegen denselben Zeitraum des Vorjahres — M. 7 197 540), Tabaksteuer M. 6 939 988 (+ M. 490 106), Zuckermaterialsteuer M. 53 850 246 (+ M. 20 317 048), Verbrauchsabgabe von Zucker M. 45 735 364 (+ M. 7 834 107), Salzsteuer M. 28 556 784 (— M. 345 131), Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer M. 6 013 935 (+ M. 1 060 627), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben M. 77 880 277 (— M. 4 977 311), Brausteuer M. 17 187 143 (+ M. 172 617), Uebergangsabgabe von Bier M. 2 333 218 (+ M. 105 993); Summa M. 392 187 818 (— M. 23 173 580). Spielkartenstempel M. 824 837 (+ M. 29 621), Wechselstempelsteuer M. 5 262 499 (— M. 214 277), Stempelsteuer für a. Werthpapiere M. 1 914 981 (— M. 847 702), b. Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte M. 5 944 677 (— M. 1 828 838), c. Loose zu Privat-Lotterien M. 1 481 394 (+ M. 211 000). Staats-Lotterien M. 4 236 069 (— M. 305 736). Post- und Telegraphenverwaltung M. 159 294 737 (+ M. 6 700 708), Reichseisenbahnverwaltung M. 40 559 000 (+ M. 1 437 000).

Die zur Reichskasse gelangte Ist-Einnahme abzüglich der Ausfuhrvergütungen und Verwaltungskosten beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen bis Ende November 1892: Zölle M. 238 623 369 (+ M. 2 933 898), Tabaksteuer M. 8 153 786 (— M. 504 331), Zuckermaterialsteuer M. 16 437 554 (+ M. 1 865 585), Verbrauchsabgabe von Zucker M. 35 056 185 (— M. 1 822 178), Salzsteuer M. 25 765 070 (— M. 269 933), Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer M. 10 982 903 (+ M. 477 310), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben M. 64 781 136 (— M. 7 676 434), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier M. 16 588 590 (+ M. 236 686); Summa M. 416 388 593 (— M. 4 759 397). Spielkartenstempel M. 766 296 (+ M. 14 784).

**Preußische Staats-Bergwerke, -Hütten und -Salinen.** In den vom Minister für Handel und Gewerbe dem Hause der Abgeordneten vorgelegten „Nachrichten von der Verwaltung der preußischen Staats-Bergwerke, -Hütten und -Salinen während des Etatsjahres 1891/92" wird ausgeführt, daß das Gesammtergebniß des Betriebs der Staatswerke in dem genannten Jahre trotz einer nicht unerheblichen Zunahme der Produktion infolge des Rückganges der Verkaufspreise fast aller Produkte hinter demjenigen des Vorjahres zurückgeblieben ist und auch den Etatsvorschlag nicht erreicht hat.

Es standen im Ganzen wie in den Vorjahren 69 Staatswerke (darunter 46 Bergwerke) in Betrieb. Bei dem Betriebe der Steinkohlen-, Braunkohlen-, Erz- und Salzbergwerke des Staats bezifferte sich die Gesammtförderung im Jahre 1891/92 auf 11 901 635 t (1890/91: 11 540 553 t) im Werthe von M. 110 066 711 (1890/91: M. 100 689 411) bei 52 429 Arbeitern (1890/91: 50 856 Arbeitern). Die Förderung ist sonach der Menge nach um 361 082 t oder 3,13 vom Hundert gestiegen, dagegen dem Werthe nach um M. 624 458 oder 0,56 vom Hundert gefallen; der Zuwachs der Belegschaft betrug 1537 Arbeiter oder 3 09 vom Hundert. Sowohl die Mehrförderung als auch der Minderwerth entfällt fast ausschließlich auf den Steinkohlen-Bergbau. Hier wurden gefördert 10 935 294 t (1890/91: 10 590 981 t) im Werthe von M. 97 002 620 (M. 97 387 017) bei 45 472 Arbeitern (43 877 Arbeitern). Der Werth der Förderung hat also trotz ihrer Steigerung um 3,25 vom Hundert um M. 384 397 oder 0,39 vom Hundert abgenommen, während die Durchschnittszahl der beschäftigten Arbeiter um 1595 Köpfe oder 3,64 vom Hundert gestiegen ist, wobei die auf einen Arbeiter entfallende Fördermenge von 241,4 t im Vorjahre auf 240,5 t oder um 0,4 vom Hundert zurückgegangen ist. Der Durchschnittswerth einer Tonne Steinkohlen sank von M. 9,19 auf M. 8,87 oder um 3,5 vom Hundert.

Bei der Braunkohlenförderung hat die Menge um 0,16 vom Hundert abgenommen, dagegen ist der Werth um 1,48 vom Hundert gestiegen. Beim Salzbergbau und den Salinen sind Menge und Werth der Förderung gestiegen. Die staatliche Hüttenproduktion hat sich dem Werthe nach von M. 23 414 841 auf M. 20 703 933 vermindert, die Belegschaft von 3627 auf 3507 Arbeiter.

Die Gesammtproduktion der Bergwerke, Hütten und Salinen erreichte im Etatsjahre 1891/92 59 974 64 kg (Gold und Silber) die Menge von 12 117 986 t (Kohlen, Erze, Salz usw.), und 379 250 cbm (Steine) und war um 3,09 vom Hundert höher als im Vorjahre. Ihr Gesammtwerth stellte sich auf M. 136 156 858 oder um 2 36 vom Hundert niedriger als 1890/91. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter war im Durchschnitt 57 939 und übertraf die entsprechende Zahl des Vorjahres um 2,59 vom Hundert. Der Werksbetrieb ergab im Ganzen einen rechnungsmäßigen Ueberschuß von M. 17 112 635, das ist M. 7 351 748 weniger als im Vorjahre und M. 1 951 364 weniger als im Vorjahre des Staatshaushaltsetats angenommen war.

Wenn trotz dieser den Betheiligten bekannten Thatsachen, der Streik der Bergleute im Saargebiet vollendete Thatsache werden konnte, dann kann man sich ungefähr ein Bild von der verzweifelten Stimmung machen, welche die Bergarbeiter beherrscht. Wir können den Ausstand, der thöricht unternommen und zum Schaden der Bergarbeiter ausschlagen muß, nur als einen Akt der Nothwehr ansehen, die ja stets die Sympathie auf ihrer Seite hat.

**Polizeistunde in Preußen.** Mit Bezugnahme auf das bekannte Urtheil des Kammergerichts vom 24. Juni 1891 betreffs der Geltung der Polizeistunde für geschlossene Gesellschaften, nach welchem solche Gesellschaften und Vereine mit ihren Lustbarkeiten auch in Schankwirthschaften nicht an die Polizeistunde gebunden sind, wofern die von ihnen benutzten Räume auf die Dauer der Versammlung dem öffentlichen Verkehr entzogen sind, hat, der „Allg. Ztg." zufolge, der Minister des Innern eine Verfügung erlassen, durch welche eine strenge Beaufsichtigung seitens der Polizeiorgane in der Richtung empfohlen wird, ob außer den Mitgliedern und den von diesen eingeführten Gästen auch andere Personen Zutritt zu den Gesellschafts- oder Vereinsräumen haben und darnach die Lustbarkeit als öffentliche zu behandeln wäre. In geeigneten Fällen, in denen die Gesellschaft oder der Verein zum Schein oder lediglich zur Umgehung des Gesetzes gegründet ist, soll bei Ueberschreitung der Polizeistunde gegen die Schuldigen unnachsichtlich eingeschritten werden. Ferner wird empfohlen, gegen Wirthe, welche ihre zur Schankwirthschaft konzessionirten Räume ganz oder zu einem wesentlichen Theile dauernd oder doch so häufig an geschlossene Gesellschaften oder Vereine zum ausschließlichen Gebrauch überlassen, daß die dem öffentlichen Verkehr dienenden Lokale nicht mehr den bei Ertheilung der Konzession vorausgesetzten Anforderungen entsprechen, das Konzessionsentziehungs-Verfahren einzuleiten. Nach unserer Kenntniß hat die aufsichtführende Polizei es an strenger Beaufsichtigung seither schon nicht fehlen lassen. Wir glauben kaum, daß ohne die ministerielle Einschärfung der polizeiliche Pflichteifer erlahmt wäre.

**Reichsgerichtsentscheidung.** Sache des Gläubigers ist es, zu wissen, wer ihm etwas schuldet. Ist er in Ungewißheit, wer ihm einen ausgeliehenen Gegenstand schuldet, und hält er, um Gewißheit über die Person des Schuldners zu erlangen, bei den Vermeintlichen Umfrage, und leugnet hierbei der wirkliche Schuldner sein Schuldverhältniß, so kann diese Ableugnung als Betrug nicht bestraft werden. Es heißt, die Augen auf oder die Taschen.

**Hurrah, hoch die freie Konkurrenz.** Daß sich die freie Konkurrenz nicht ungestraft auf alle Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft übertragen läßt, mußte der praktische Arzt Dr. von Tischendorf in Leipzig erfahren, der wegen wiederholten Betrugs am 24 Dezember v. J. zu einer Gefängnißstrafe von 8 Monaten verurtheilt worden ist. Der Arzt unterhielt eine Privatklinik. Zur besseren Frequentirung derselben war er mit der Ortskasse einen Vertrag eingegangen, die ärztliche Behandlung und volle Verpflegung der Kranken in seiner Klinik für den Preis von M. 1 25 pro Tag zu übernehmen. Jedermann weiß, daß solcher Preis nur von solchen Krankenhäusern gewährt werden kann, die entweder von staatlicher, gemeindlicher oder von privater Seite gewidmeten Stiftungen erhebliche Zuschüsse erhalten. Niemals kann der angezogene Preis bei einem auf die eigenen Einnahmen angewiesenen Institut hinreichen, dasselbe lebensfähig zu erhalten. Um Letzteres nun zu erreichen, griff Dr. von Tischendorf zu dem eigenartigen Mittel der Täuschung und des Betrugs. Er stellte die Rechnungen für die klinische Behandlung der Kranken auf eine längere Zeitdauer aus, als solche überhaupt stattgefunden hatte, in 10 Fällen sogar eine solche, wo sie garnicht zur Ausführung gekommen war. Daß ein solcher Unfug nicht unentdeckt bleiben konnte, war doch vorauszusehen. Daß bei einer solchen Geschäftspraxis von einer rationellen Behandlung der Kranken und zweckentsprechender Pflege derselben keine Rede sein kann, liegt auf der Hand. Das Vorkommniß ist aber ein weiterer Beleg dafür, daß die Sozialdemokratie in der Aerzte- und Apothekerfrage den einzigen richtigen Standpunkt einnimmt. Aerztliche Behandlung und Lieferung der Arzneimittel soll eine unentgeltliche sein. Damit wäre ebensowohl die soziale Stellung der Aerzte eine gesicherte und unabhängige, als wie auch die zutreffende und gründliche Behandlung Erkrankter gesichert. Außerdem würde die Verwirklichung der sozialdemokratischen Programmforderung die beste Entlastung für die Krankenkassen abgeben. Die Aerzte, in ihrer sozialen Stellung unabhängig, von der Profitjägerei abgelöst, hätten die Funktionen öffentlicher Gesundheitsbeamten zu übernehmen, welche die Ursachen der Bedrohung der öffentlichen Gesundheitspflege aufzudecken und Mittel zu deren Bekämpfung in Vorschlag zu bringen hätten. Auf diesem Wege der Reform sehen wir nur das einzige Mittel, eine Steigerung der Krankenkassenbeiträge zu verhindern und doch über das Maß der jetzigen Unterstützungssätze noch hinauszugehen. Der vorgeschlagene Weg muß, wenn die Aerzte in der von dem sozialdemokratischen Programm verlangten Weise funktioniren, zu einer allgemeinen Hebung des Gesundheitszustandes des Volkes und damit zu

einer Verringerung der Krankheitsfälle führen. Die Krankenkassen müßten somit kapitalkräftiger und leistungsfähiger werden.

**Hoffnung läßt nicht zu Schanden werden.** Einige Wünsche der Zünftler werden Erfüllung finden. Die Gesetzentwürfe über die Abzahlungsgeschäfte und Ergänzung der Bestimmungen über den Wucher sind dem Reichstag zugegangen. Die Berathung über dieselben wird Gelegenheit geben, zu zeigen, wie weit die Begehrlichkeit der Zünftler gehen wird. Um die verlangten Maßregeln gegen den Hausirhandel zu rechtfertigen, sucht die reaktionäre Presse das Steigen des Hausirhandels dafür in's Treffen zu führen. Darnach wurden im Jahre 1884 im Deutschen Reiche 212 341 Wandergewerbescheine für Hausirer ausgestellt, 1885: 215 272, 1886: 219 132, 1887: 220 770, 1888: 222 900 und 1889: 226 511. Diese Erweiterung des Hausirhandels hat sich jedoch nicht etwa gleichmäßig oder annähernd gleichmäßig über sämmtliche Einzelstaaten erstreckt. Es giebt vielmehr eine ganze Anzahl Bundesstaaten, in denen die Zahl der Hausirer abgenommen hat, so Baden, Mecklenburg-Schwerin und auch Bayern. In Bayern betrug im Jahre 1883 die Zahl der für Hausirer ausgestellten Wandergewerbescheine 20 063 und 1889 nur 19 131. Dafür hat sich in anderen Bundesstaaten die Hausirerzahl um so stärker vermehrt; in Preußen ist sie in den Jahren von 1884 bis 1889 von 117 570 auf 126 460 oder um 7,6 pZt. gestiegen. Die stärkste Zunahme in der Hausirerzahl hat jedoch von den größeren Bundesstaaten Hessen aufzuweisen. Hier ist die Zahl von 2778 auf 6323 oder um 127 pZt. gestiegen. Hessen zunächst kommt Elsaß-Lothringen, in welchem 1884 noch 8919, 1889 schon 11 589, d. h. im letzteren Jahre um nahezu 30 pZt. mehr als im ersteren, Hausirscheine ausgegeben wurden.

Für uns ist mit der Zunahme des Hausirhandels nur bewiesen, daß es einer stets größeren Anzahl Menschen nicht mehr möglich ist, an ihrem Wohnsitz durch den Ertrag ihrer Arbeit sich durch's Leben zu schlagen. Die außerordentliche Zunahme der Hausirer in Hessen ist die Folge, daß sich der Hausirhandel in vielen Familien fortgeerbt hat, und wie wir die einschlägigen Verhältnisse kennen, dürfte es Herrn Dr. Lieber schwer ankommen, bei der Beschränkung des Hausirhandels seinen rückschrittlichen Kollegen willfährig zu sein. Die Hausirer im Wahlkreise des genannten Herrn sind an der materiellen Seite sehr empfindlich, und ihr Einfluß ist nicht zu unterschätzen.

**Arnstadt.** Eine Statistik über die Arbeiterorganisationen in Arnstadt, welche von der hiesigen Gewerkschaftskommission aufgenommen wurde, ergiebt folgendes Bild:

1. Baugewerbe.

| Gewerke. | Zahl der Betriebe | Beschäftigte Arbeiter | Davon organisirt |
|---|---|---|---|
| Maurer | 8 | 70 | — |
| Zimmerer | 5 | 41 | — |
| Ziegler | 3 | 60 | — |
| Maler, Lackirer, Tüncher | 24 | 24 | — |
| Dachdecker | 2 | 6 | 6 |
| | 42 | 201 | 6 |

2. Leder- und Bekleidungsindustrie.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Lohngerber | 18 | 37 | 13 |
| Weißgerber | 11 | 65 | 15 |
| Glacehandschuhmacher | 8 | 105 | 60 |
| Kürschner und Hutmacher | 1 | 12 | 9 |
| Schneider | 8 | 40 | 3 |
| Schuhmacher | 16 | 350 | 105 |
| Sattler und Tapezierer | 15 | 8 | — |
| Stoffärber | 2 | 26 | — |
| Lederfärber | 5 | 30 | — |
| | 82 | 673 | 105 |

3. Graphische Gewerbe.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Buchdrucker, Schriftgießer | 5 | 17 | 2 |
| Buchbinder | 8 | 4 | — |
| | 13 | 21 | 2 |

4. Keramische Gewerbe.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Porzellanmaler | 1 | 6 | — |

5. Holzindustrie.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Böttcher | 11 | 7 | — |
| Drechsler | 4 | 2 | — |
| Glaser | 7 | 7 | — |
| Tischler | 10 | 37 | 11 |
| Bildhauer | 2 | 2 | — |
| | 34 | 55 | 11 |

6. Metallindustrie.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Metallarbeiter | 5 | 80 | 10 |

7. Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Bäcker | 24 | 26 | — |
| Brauer | 6 | 35 | — |
| Fleischer | 25 | 40 | — |
| Müller | 6 | 40 | — |
| Conditoren | 3 | 11 | 3 |
| | 64 | 152 | 3 |

8. Verschiedene Gewerbe.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Färber | 23 | 12 | — |
| Barbiere und Friseure | 14 | 6 | 2 |
| Fuhrarbeiter | 2 | 6 | 6 |
| Gummiarbeiter | 3 | 143 | — |
| | 44 | 167 | 8 |
| Gesammtsumme | 285 | 1265 | 241 |

Zu diesem ist zu bemerken, die Maurer, Zimmerer, Bäcker und Fleischer besitzen am Ort Innungen, welchen die betreffenden Arbeiter angehören müssen. Ein Theil der Lederfärber, sowie Müllergehilfen, gehören einem katholischen Verein an, welcher aber Vergnügungsverein sind. Die Sattlerei, Tischler, sowie Metallarbeiter haben vor Kurzem erst je eine Filiale ihrer Organisation gegründet, von Letzteren sind nur fünf Arbeiter angegeben; es befinden sich jedoch noch eine ganze Anzahl kleine Betriebe am Ort, wie Schlosser, Schmiede, Klempner usw. Außer den hier angeführten Organisationen, welche zu den Zentralverbänden gehören, besteht hier noch ein Verein der Maschinisten und Heizer (Hirsch-Dunckerscher Richtung). Zu dem überaus traurigen Resultat muß noch bemerkt werden, daß in fast allen Organisationen in den letzten zwei Jahren die Zahl der Mitglieder gesunken ist. Die Ursache in diesem Rückgang ist wohl in der Gesammtheit in dem so lange andauernden schlechten Geschäftsgang zu suchen, wodurch sich ein Theil veranlaßt sahen, der Organisation den Rücken zu kehren. Andererseits wurden Arbeiter durch die Unternehmer gezwungen, aus der Organisation auszutreten. Für Jeden, der die Nothwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation anerkennt, müssen diese Zahlen ein Ansporn zu unermüdlicher Agitation sein. Agitatorisch thätig muß aber jedes Mitglied sein, soll es in dieser Beziehung am hiesigen Ort besser werden. Das ungeheuer große Feld, welches hier zu bebauen ist, kann nur durch Gesammtarbeit, durch Zusammenschluß sämmtlicher Organisationen, fruchtbar gemacht werden. Nicht aber darf man diese Arbeiten den Vorständen oder der Gewerkschaftskommission allein überlassen; nur durch gesammtes, energisches Arbeiten kann es möglich gemacht werden, daß die nächste Statistik ein besseres Bild zeigt. Hoffen wir dies!

**Ansammlung des Reservefonds.** Die gesetzlich vorgeschriebene Ansammlung des Reservefonds macht nicht nur allein den Krankenkassen große Beschwerlichkeiten, sondern die Berufsgenossenschaften lamentiren auch darüber, was kein Wunder ist, wenn man die fortwährenden Klagen des Unternehmerthums hört, die Konkurrenz auf dem Weltmarkt gestatte kaum die Belastung der Industrie mit den Kosten der Versicherungsgesetze. Die Unternehmer lechzen deshalb schon förmlich darnach, wie und auf welche Weise die jährlichen Umlagen für die Unfallversicherung zu reduziren seien. Als wenn die Kosten der Unfallversicherung durch die seit drei Jahren andauernd sinkende Tendenz des Arbeitslohnes nicht genügend genug aufgewogen wäre? Die früheren Bemühungen der Unternehmer, die Jahresausgaben durch Einschränkung der Entschädigungsbeträge zu erzielen, muß als gescheitert angesehen werden, denn unzweideutig hat der Leiter des Reichsversicherungsamtes seiner Meinung Ausdruck gegeben, daß die Reichsregierung nicht davon zu überzeugen sei, daß sich ein Arbeiter vorsätzlich und absichtlich einem Unfalle aussetze und es deshalb eine Ungerechtigkeit darstellen würde, wolle man dem Arbeiter die Beweislast für seine Unschuld bei einem ihn betroffenen Unfall auferlegen. Die Unternehmerpresse sucht die Unternehmer über die Aussichtslosigkeit ihrer lange verfolgten Wünsche und Pläne zu trösten, mit dem Hinweis, daß die Umlagebeträge sich bald um die Zinsen des Reservefonds vermindern würden. Nämlich nach den gesetzlichen Bestimmungen dürfen die Zinsen des Reservefonds dann für die zu machenden Ausgaben verwandt werden, wenn der Reservefonds die Höhe einer doppelten Jahresausgabe erreicht hat. Bis dahin müssen die Zinsen dem Reservefonds zugeschlagen werden. Die Kompletirung des Reservefonds dürfte bei den meisten Berufsgenossenschaften im Jahre 1896 erreicht sein.

**Hohe Verwaltungskosten.** Ueber die hohen Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften wurde früher schon mit Recht oft bitter Klage geführt. Dieselben bestanden bei einigen derselben zu der Summe der Entschädigungsbeträge in einem argen Mißverhältniß. Bei den Alters- und Invalidenversicherungsanstalten scheint dasselbe Geschick obzuwalten. So weist die württembergische Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt bei einer Gesammtsumme der zur Auszahlung gelangten Renten von M. 320 000, Verwaltungskosten in Höhe von M. 195 400 auf. Die Gesammtsumme vertheilte sich auf M. 280 000 Alters- und M. 40 000 Invalidenrente. An Versicherungsbeiträgen vereinnahmte die Anstalt M. 2 983,000

**Volksbäder.** Der hohe hygieinische Werth des Bades steht außer allem Zweifel. Es ist nur zu verwundern, daß noch so viele größere Kommunen zögern, Volksbadeanstalten zu errichten. Die meisten suchen sich damit auszureden, im Volke sei noch zu wenig Verständniß für den Gebrauch und Benutzung der Badeanstalten vorhanden, so daß dieselben große Zuschüsse aus Gemeindemitteln erforderten. Das sind indessen leere Ausflüchte. In den Organisationen der Krankenkassen ist ein geeigneres Mittel vorhanden, die Aufmerksamkeit des arbeitenden Volkes auf die Hautpflege zu lenken. Wenn außerdem die Schulen ebenfalls dementsprechend instruirt würden, dem Gegenstand im Unterricht gebührende Aufmerksamkeit zu widmen, so dürfte selbst da, wo durch das Fehlen der Flußläufe Badegelegenheit sonst nicht vorhanden ist, daß Verständniß für das Baden geweckt und das Bedürfniß dafür rege gemacht werden. Ferner Erforderniß, Volksbadeanstalten ihrem Zwecke gemäß zu errichten, ist, daß dieselben günstig, womöglich im Zentrum der Stadt gelegen, leicht von allen Seiten erreichbar, und das Bad billig ist, wenn möglich den Preis von 10 ₰ nicht übersteigt. Für Den, welcher sich das Fluß- oder Bassinbad nicht gestatten kann, ist das Brausebad jedenfalls das billigste und den höchsten Effekt erzielende. Wir halten es für eine geradezu gebieterische Pflicht der Krankenkassen, allerorten die Agitation für die Errichtung von Volksbadeanstalten von Gemeinde wegen zu eröffnen. Wie wenig die oben angezogene, meist zitirte Ausrede zutreffend ist, zeigt unter Anderem die sich steigernde Frequenz des Volksbrausebades in Frankfurt a. M. Im Betriebsjahre 1891/92 wurden 43 962 Bäder gegen 38 652 im Vorjahr verabreicht. Wir könnten uns mit einem Zwangsgesetz einverstanden erklären, welches die Sanitätspolizei ermächtigt, in allen Städten mit über 25 000 Einwohnern, die Errichtung einer Volksbadeanstalt von Gemeinde wegen zu erzwingen.

**Die Probe bestanden.** Eine glänzende Genugthuung haben die Befürworter der Einführung des Zonentarifs erhalten. Der Zonentarif besteht jetzt in Ungarn drei Jahre. Ueber das Ergebniß des letzten Jahres theilt nun Dr. Ed. Engel die amtlichen Ziffern mit. Um ihre Bedeutung zur vollen Würdigung zu bringen, geben wir gleichzeitig eine Uebersicht der Entwickelung des Personenverkehrs vor und nach der Einführung des Zonentarifs seit dem Jahre 1884. Die Zahl der beförderten Reisenden betrug abgerundet:

| | |
|---|---|
| 1884: 6 900 000 | vor der Einführung des Zonentarifs. |
| 1885: 7 600 000 | |
| 1886: 7 000 000 | |
| 1887: 6 200 000 | |
| 1888: 6 100 000 | |

Also vor der Einführung des Zonentarifs offenbare Verminderung, ja sogar Rückgang des Personenverkehrs. Mit den Einnahmen steht es natürlich für die Jahre 1884 bis 1888 genau ebenso. Die Zahlen schwanken zwischen 9½ Millionen und 10¼ Millionen Gulden. Dagegen betrug die Zahl der Reisenden im 1. Zonentarifjahr 16 200 000, im 2. Zonentarifjahr 18 000 000, und soeben veröffentlicht die königlich ungarische Staatseisenbahnverwaltung die geradezu verblüffende Ziffer des Personenverkehrs für das 3. Zonentarifjahr (vom 1. August 1891 bis 31. Juli 1892): 28 300 000 Reisende! Der Personenverkehr hat sich also seit der Einführung des Zonentarifs um rund 464 Prozent gesteigert! Die Einnahme, die im letzten Jahre vor dem Zonentarif nur 9 705 000 Gulden betrug, hat im 3. Zonentarifjahre betragen: 18 820 000 Gulden, also fast eine Steigerung von 100 Prozent! Und während dies in einem Nachbarlande seit drei Jahren vorgeht, sehen unsere Staatsmänner und Volksvertreter mit verschränkten Armen zu, wie in Preußen eine bis zum Staatsfehlbetrag führende Verkehrsstockung im Eisenbahnwesen herrscht!

Wenn man in den Kreisen der leitenden Staatsmänner und der herrschenden Klassen noch der Neigung huldigt, der Bewegung größerer Volkskreise durch die Beschränkung der Freizügigkeit und Auswanderungsfreiheit vorzubeugen, dann darf man sich auch nicht wundern, für die Einführung des Zonentarifs ein Entgegenkommen nicht zu finden. Der letztere hat die größtmögliche Bewegungsfreiheit zur Voraussetzung, die auch eintreten würde, wenn, wie der verstorbene Sachkenner Dr. Perrot es in Aussicht stellte, es erreichbar wäre, nach dem Muster des Zehn-Pfennig-Portos des einfachen Briefes, für eine Mark jede beliebige Reise innerhalb der Grenzen des Reichs zu unternehmen.

**Aus Belgien.** Die Verhandlungen des Kongresses der belgischen Arbeiter, der am 27. vorigen Monats in Brüssel unter sehr starker Betheiligung aus allen Theilen des Landes stattgefunden hat, hat beschlossen, für den Fall der Vorenthaltung des allgemeinen Stimmrechtes zur allgemeinen Arbeitsniederlegung zu schreiten. Die Meinung war die vorherrschende, daß es mit Kundgebungen und friedlichen Demonstrationen nun genug sei. Würden dieselben nicht beachtet und denselben nicht Rechnung getragen, so müßten energischere, revolutionäre Mittel in Anwendung gebracht werden. Am voraufgegangenen Tage fand eine großartige von 6000 Personen gebildete Demonstration am Grabe Cäsar de Paepe's statt, bei welcher Volders, Anseele und Andere Reden hielten. Zu derselben Zeit hielten die Fortschrittler ihren Kongreß in Gent ab. Janson war hier der Held des Tages. Man erklärte sich für einen Normalarbeitstag, Abschaffung der auf der Arbeit lastenden Steuern und allgemeines Stimmrecht. — In Löwen, am Sitze der katholischen Universität, wurde am 18. Dezember das neue Sozialistenheim eingeweiht. Dasselbe ist auf einem großen Grundstück im Mittelpunkt der Stadt erbaut und umfaßt außer den nöthigen Ladenräumen, einen Restaurationssaal, sowie einen für mehr als 2000 Personen berechneten Festsaal mit Theaterbühne. Es ist Eigenthum der Genossenschaft „Le Proletaire"", der an 1000 Familien angehören. Zu der Einweihung hatten alle sozialistischen Genossenschaften Belgiens Vertreter entsandt.

**Aus Frankreich.** Die Situation in Frankreich hat eine verteufelte Aehnlichkeit mit derjenigen am Schlusse des vorigen Jahrhunderts, und es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß sie mit dazu beitragen wird, die Dinge in Fluß zu bringen, die in ihrem Verlauf ebenso gewaltige Veränderungen darstellen werden, als die Umwälzungen vor hundert Jahren solche bedeuteten. Das französische Volk empfindet Ekel und Verachtung vor den Bourgeois Vertretern. Die Reaktion hält den Zeitpunkt für gekommen, ihr Haupt wieder zu erheben. Doch der geeignete Mann fehlt ihnen. Er fehlt ihnen deshalb, weil die unter der napoleonischen, orleanistischen und bourbonistischen Herrschaft betriebene Volksaussaugerei dem Volke in eben noch so frischem Gedächtniß steht, als wie der allerneueste Schwindel des Panamakanals. Diese ununterbrochene Volksaussaugung hat die französischen Arbeiter zur Einsicht gebracht und sie der Disziplin zugänglich gemacht. Sie sind zwar noch nicht stark genug, die Zügel der Regierung mit der Aussicht, sie dauernd in der Hand zu behalten, zu ergreifen, aber stark genug, die Bourgeois zu zwingen, ihre eigenen Schandthaten an den Pranger zu nageln, als wie auch monarchistische Diktaturgelüste zu unterdrücken. Die Arbeiter sind auf dem Posten. In dem erst kürzlich erstandenen Volkshause auf dem Montmartre, über dessen Primitivität die Bourgeoispresse nicht genug zu spotten wußte, hat am 27. Dezember v. J. eine Versammlung aller Fraktionen der sozialistischen Arbeiter von Paris stattgefunden. Von der Einheit und dem dort beschlossenen Vorgehen der Arbeiter ist die kapitalistische Presse aller Schattirungen auf's Höchste bestürzt. Das Volkshaus hat geschichtliche Bedeutung gewonnen. Es ist in jener Versammlung ein elfgliedriges Komitee, „Wohlfahrtsausschuß", eingesetzt, dem die bedeutendsten Pariser Arbeiterführer angehören. Das Komitee hat die Aufgabe, in allen Vierteln die Sektionen zu organisiren, welche zum erstenmale am Tage des Wiederzusammentritts der Kammern vor dieser ihren Aufmarsch nehmen werden, um den Willen des Volkes der Kammer zur Kenntniß zu bringen. Der Wiederbeginn der Kammerverhandlungen ist ebenso wie die erste Sitzung des Reichstags in diesem Jahr auf den 10. Januar angesetzt. Außerdem beschloß die Versammlung einen Aufruf an die Armee.

**Aus England.** Einen possirlichen Eindruck macht es stets, wenn unsere Gegner mit sauersüßer Miene die stetig nach links gehende Entwickelung der englischen Arbeiterorganisationen zugeben müssen, ja sogar als vollendete Thatsache registriren, und dann auf der anderen Seite sich wieder Muth einreden, ganz so schlimm sei es doch nicht, denn es gebe noch einsichtige Männer genug unter den Arbeitern, welche sie von Thorheiten abhalten und zur Zufriedenheit und Besonnenheit gemahnten. So verzuckert sich die Kapitalistenpresse die bittere Pille der vollzogenen Einigung des übergroßen Theiles der Bergarbeiter mit der Gnade, die dem Arbeiterführer Burt mit seiner Berufung in das Ministerium Gladstone widerfahren ist, des Mannes, der Sekretär der Bergarbeiter Northumberlands war, der einzigen Organisation, die dem nationalen Verband der Bergarbeiter noch fern geblieben ist. Bei dem Abschiedsbanket am Weihnachtssonnabend in Newcastle, an dem viele Arbeitgeber als Ehrengäste theilnahmen, erklärte Herr Burt, die Verhältnisse der Arbeiter hätten sich im ganzen Lande gebessert, die Löhne seien gestiegen, die Lebenshaltung billiger geworden, die Lebensdauer des Arbeiters sei gestiegen und er könne jetzt besser sparen wie früher. Na, das war Musik für die Ohren der Arbeitgeber, und ihre Presse singt das Loblied Burt's in allen Melodien. Wie stimmt nun aber mit den Ausführungen Burt's, die neben dessen Hymne verzeichnete Thatsache, daß die alten Trades-Unions eine nach der anderen in das Lager des neuen, von sozialdemokratischen Führern geleiteten Unionismus hinüber gleiten? Die Pille ist etwas bitter und wir gönnen den Unter-

nehmern das Vergnügen, sie etwas zu überzuckern, ehe sie dieselbe hinunterwürgen.

**Aus Amerika.** Ueber die Besoldung des Präsidenten der Vereinigten Staaten macht die „Allg Korr." folgende Angaben: Der Präsident der Vereinigten Staaten erhält £ 10000 Gehalt das Jahr. Außerdem gewährt ihm der Staat jährlich £ 1000 für einen Privatsekretär und £ 500 für einen Hülfssekretär. Als zum Haushalte des Präsidenten gehörig sind engagirt: 6 Schreiber, 1 Zahlmeister, 1 „Einführer" oder Zeremonienmeister, 1 Verwalter, 5 Thürsteher, 1 Ingenieur und 1 Wächter. Diese Beamten haben ein jährliches Gehalt von £ 80 bis 400. Für außerordentliche Ausgaben hat der Präsident die Summe von £ 1800 das Jahr zu seiner Verfügung. Die Nation zahlt daher dem Haupte der Republik während seiner vierjährigen Amtszeit £ 75 360. — Diese Summe ist viel geringer als die, welche dem Monarchen eines großen europäischen Staates zur Verfügung steht. Nichtsdestoweniger repräsentirt der Präsident die 65 000 000 Einwohner seines Landes in ausgezeichneter Weise und ist gewöhnlich noch im Stande, während seiner Amtsdauer Ersparnisse zu machen.

**Aus der Kapkolonie.** Der Präsident der Grubenarbeiter von Witwatersrand giebt im Londoner „Star" eine eigenthümliche Schilderung der dort herrschenden Zustände. Er schreibt: „Der Parlamentsabgeordnete Little meint, Amerika wäre unter einer Monarchie (Brasilien) die Sklaverei mit wenigen Kosten an Leben und Geld losgeworden. Ich möchte darauf bemerken, daß die Sklaverei, nachdem wir so viele Millionen ausgegeben haben, in der Kapkolonie noch besteht. Bis vor Kurzem war ich in Kimberley, wo ich 10 Jahre gewohnt habe. Ich weiß, wie es auf den Diamantenfeldern zugeht Sklaverei der schlimmsten Sorte herrscht in den De-Beers-Gruben und zwar mit Zustimmung der Regierung des Kaps Die Kaffern, welche in den Gruben arbeiten, werden drei bis neun Monate ununterbrochen eingesperrt gehalten. Unter keiner Bedingung dürfen sie den Bezirk der Grube verlassen Wärter und Posten bewachen jeden Schritt und geleiten sie nach der Grube und zurück. Bis die Zeit ihrer Sklaverei (sogen Kontraktarbeit) aus ist, dürfen sie sich keinen Fuß weit entfernen Alles dies ist das Werk von Cecil Rhodes, welcher in Südafrika wie ein Despot herrscht."

## Technisches.

**Darstellung von Zementbrettern.** Das privilegirte neue Baumaterial besteht aus Sägespähnen, vermischt mit Zement als Bindemittel, das die Rolle eines hydraulischen Mörtels spielt. Das Mischungsverhältniß der Rohmaterialien, aus welchen das speziell zu Bohlen, Brettern, Verschalungen usw. dienende Baumaterial angefertigt wird, ist za. 1 Theil Portland-Zement und zirka 3 Theile Sägespähne Die Mischung dieser Theile wird in Formen gepreßt, in Schlag- oder kontinuirlichen Pressen. Es können auch Einlagen aus Holz, event. mit Weidenbindung, vorgesehen sein, die gewissermaßen ein Verstärkungsgerippe bilden, wobei es vortheilhaft ist, die Holzeinlagen vor dem Einlegen in den Mischungsbrei gut anzuwässern. Die Bretter, Bohlen, Platten usw. können auch mit einer Höhlung versehen sein, ähnlich wie Hohlbacksteine. Das erhaltene Baumaterial kann gesägt und genagelt werden, es dient hauptsächlich zur Anfertigung von Decken, Wänden und Verschalungen, wie beispielsweise in Ställen, Waschhäusern Färbereien, sowie zur Einschirmung von Gebäuden und Eindeckung flacher Dächer. Nach dem Befestigen der Bretter an ihrem Bestimmungsorte kann der auf ihnen anzubringende Verputz aus Wetterkalk oder Zementmörtel bestehen. Bei Dacheindeckungen müssen die Bretter vor dem Verputz derselben vorerst noch mit heißem Theer bestrichen werden.

## Literatur.

**Sozialpolitisches Centralblatt.** (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von J. Guttentag in Berlin) Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2,50. Einzelnummern 20 ₰. Erschienen ist Nr. 14, 2. Jahrg.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 14. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:
Hüben und drüben — Das nahende Ende des landwirthschaftlichen Großbetriebes. Von Dr. Rudolf Meyer. (Anhang.) — Die Maifeier und ihre Bedeutung. Von August Bebel. — Ein Beitrag zur Geschichte des Klassenkampfes im hebräischen Alterthum. Von M Beer. — Notizen: Abermals eine Berichtigung Von Dr. Paul Barth. — Literarische Rundschau. — Feuilleton: Kunde von Nirgendwo. Einige Kapitel aus einem utopischen Roman von William-Morris. (Fortsetzung.)

## Briefkasten der Redaktion.

**A. H. M. 100.** Wenn derartige Kontrakte, vor deren Abschluß wir Sie aber für die Zukunft warnen möchten, nicht schriftlich oder in Gegenwart von Zeugen abgeschlossen sind, können Sie ihre Einrede rechtlich nicht begründen. Nach Ablauf der Kündigungsfrist müssen Sie sich trollen.

**Prettz, W. H.** Wenn der Geselle Wochenlohn empfängt, können gesetzliche Festtage nicht in Abzug gebracht werden. Ist die Lohnfestsetzung aber nach Stundenlohn verabredet, so ist der Abzug zulässig. Die zweite gestellte Frage, welche zu verneinen ist, läßt vermuthen, daß die in Frage kommenden Kollegen Kost und Logis bei dem Meister erhalten. In diesem Falle kann von Stundenlohn nicht die Rede sein, und wäre der beregte Abzug ungesetzlich und kann im Klagewege vor dem Gewerbegericht Zahlung erzwungen werden.

## Briefkasten der Expedition.

**Prenzlau, Zahlstelle.** Warum geben Sie uns keine Nachricht.

**St. Peters, Süd-Australien, C. W.** Es sind zwei Vorlagewerke für Korbflechter vorhanden und zwar von Ash und Brockmann zu M. 3 und 6. Das letztere ist besonders zu dem von Ihnen angegebenen Zwecke zu empfehlen. Senden Sie den Betrag nebst M. 1 Porto ein.

**Waldheim, Zahlstelle.** Für die Nummer 1 kam die Anzeige zu spät. Für diese Nummer ist selbige überflüssig.

**Dresden, W.** Wenden Sie sich an Herrn W. Schweitzer, Berlin, Rixdorf, Prinz-Handjerystraße 37, Part.

**Fulda, Zahlstelle.** M. 2,35 für Hefte erhalten.

**Zürich, Lokalexpedition.** Die Redaktion „Der Holzarbeiter" erhält ein Exemplar unentgeltlich und zwar als Tauschexemplar. Sollten Sie derselben für die Folge die Zeitung nicht mehr zustellen wollen, müssen wir unter Streifband senden.

**Lage, W. D.** Wenn Sie nicht ausdrücklich bemerken, daß die Zeitung an die auf der Bestellkarte angegebene Adresse gesandt werden soll, schicken wir an die alte unbekümmert weiter. Wenn wir auch so Manches errathen müssen, aber riechen können wir das nicht.

**Elbing, Zahlstelle.** Das Gewünschte ist schon vor Wochen abgesandt, wir haben aber noch keine Nachricht, ob Sie es erhalten haben.

## Quittung.

St. Johann-Saarbrücken durch Ernst Hilbig M. 4 80, Lägendorf d. H. Busses 6, Marienwerder (Regbez Potsdam) d. Franz Gräger —,30, Hagen d. C. Lietzmann 5, Zahlstelle Schwiebus d Osw. Schneider 2, Zaahlstelle Friedrichshagen d. A. Damis 3, Elberfeld d. Chr. Gäbel 20, Herford d. A. Krois 11, Friedenau b. Berlin d. W. Graffenberger (Mitgl. d. Zahlstelle Steglitz) 3, durch die Exped. d. „N. T.-Z." erhalten 70,80 Summa M. 125,90.

Allen Kollegen für die mir zugewendete Unterstützung meinen herzlichen Dank.

**H. Buchholz,**
Tilsit, Langestraße 22.

# Anzeigen.

(Die den Inseraten in Klammern beigefügten Ziffern bedeuten den Preis derselben.)

## Sterbe-Tafel
der
### Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerbl. Arbeiter.

Nr. B 36058. Ferd. Richter, Rohrleger, geb. 10. 12. 51, gest. 10. 11. 92 zu Bitterfeld an Selbstmord durch Erschießen.
Nr. 144428 Heinr. Hahn, Modellschreiner, geb. ?, gest. 8. 11. 92 zu Karlsruhe (Heidelberg) an Lungenschwindsucht.
Nr. 160315. Wilh. Kobler, Tischler, geb 16 4 65, gest. 12 11 92 zu Karlsruhe an Lungenschwindsucht
Nr. 91227. Christian Steinmetz, Glaser, geb. 20. 3 47, gest. 26. 12. 92 zu Karlsruhe an chronischem Lungenleiden.
Nr. 22318. Bernhard Foessel, Fabrikarbeiter, geb. 23 4. 52 gest. 29. 11. 92 zu Erlangen an Lungenleiden
Nr. 7429. Adam Fuchs. Auskäufer, geb. 20. 6. 48, gest. 17 12 92 zu Frankfurt a. M. an Bronchialkatarrh
Nr B 35792 Philipp Börner, ?, geb. ?, gest 2. 12. 92 zu Kriftel an Lungentuberkulose.
Nr. 15804 Josef Märs, Lackirer. geb. 21 11 68. gest. 6. 12. 92 zu Köln II an Kehlkopfleiden.
Nr. 48392 Josef Schneider, Arbeiter, geb. 21. 3. 48, gest. 10. 12. 92 zu Berlin E an Herzschlag.
Nr. 72905. Emil Braune, Korbmacher, geb. 12. 2 53, gest. 10. 12 92 zu Kötschenbroda an Magenkrebs.
Nr. 728. Rudolf Fuhrmann, Drechsler, geb. 10 11. 42, gest. 19 12. 92 zu Eisenach an Lungentuberkulose.
Nr 55276. Karl Langfritz, Büttner, geb. 12 10 64, gest. 14. 12. 92 zu Erlangen an Lungenleiden.
Nr. 31752. Fritz Dobbert, Feilenhauer, geb. 22 9 48, gest. 18. 12. 92 zu Berlin E an Lungenleiden.
Nr. 89804. Peter Szymanski, ?, geb. 20. 7. 45, gest. 16. 12. 92 zu Berlin D an Blutsturz.
Nr. 61506. August Panstian, Gipser, geb. 17. 7. 53, gest. 23. 12. 92 zu Wandsbeck an Cholera.
Nr 47405. Peter Rüth, Holzarbeiter. geb. 7. 2. 68. gest. 23. 12. 92 zu Rüdigheim an Kehlkopfschwindsucht.
Nr. B 26127. Franz Dümmel, Heizer, geb. 3. 5 68, gest 23 12. 92 zu Pasewalk an Lungenschwindsucht
Nr. B 18960 Otto Kubert, Steinmetz, geb. 27 10. 50, gest. 24 12 92 zu Düsseldorf an Lungentuberkulose.
Nr 6192 a Jean Kirsch, Buchdrucker, geb. 29. 10. 56, gest. 21 12 92 zu Oberrad an Influenza und Knopenzellentzündung.
Nr. 177478 Friedrich Dobmann, Maler, geb. 12. 11. 67, gest 26 12. 92 zu Gaarden an Lungenschwindsucht.
Nr. B. 30598 Dietrich Brammerlob, Schlosser, geb. 15. 8. 69, gest. 25. 12. 92 zu Verden an Lungenleiden.
Nr. 140254. Christian Weber II, Tagelöhner, geb. 14 4 52, gest. 12. 12. 92 zu Ostersheim an ?.
Nr. 152024. Karl Ubrig, Fabrikarbeiter, geb 14 5 45, gest. 28. 12. 92 zu Ostersheim an ?.

Der Unterzeichnete macht hiermit die Verwaltungsstellen ganz besonders darauf aufmerksam, die Anzeigen über Sterbefälle, welche in der „Tischler-Zeitung" bekannt gemacht werden sollen, genau anzugeben: Die Nummer des Mitgliedsbuches, Name, Gewerbe, Tag und Jahr der Geburt, Todestag und Todesursache. Sobald diese Angaben nicht gemacht werden, erfolgt keine Bekanntgabe in der Zeitung. Ebenso wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitgliedsbücher und Sterbeurkunden nicht mit der Anzeige eingesandt zu werden brauchen, sondern sollen erst mit der Abrechnung eingesandt werden, weil sie dort als Belege dienen.

**Der Vorstand.**

## Korbmacher auf Rohrarbeit

werden für längere Zeit bei gutem Lohn gesucht. **Export- u. Lagerhaus-Gesellschaft, vormals J. Ferd. Nagel in Hamburg.**

## Gesucht ein Korbmacher

**auf Ballonkörbe. pr. Stück 30 Pf., bei**

**Wittwe Fechner**
**in Oranienburg.**

5 Korbmachergesellen auf Deckelkörbe,
1 auf Fantasiearbeit,
1 auf groß Geschlagen
**werden sofort gesucht von der**
## Korbwaarenfabrik u. Weidenhandlung
von **G. Hagemann in Stettin.**
NB. **Nur Leute, die saubere Arbeit fertigen,** wollen sich melden

Allen meinen werthen Kunden die besten
## Glückwünsche zum neuen Jahre!
**Gustav Richter,**
**in Oberschöna bei Frankenstein, Sachsen,**
**Fabrik für Möbelverzierung.**

Mein
## Zeichen-Bureau
für
### Bau- und Möbeltischlerei
liefert:
I. **Entwürfe und Details in Blei** (Handarbeit) nach eingesandten Mäßen und beliebiger Angabe.
II. **1 Vorlagewerk,** praktische Entwürfe **für die Bautischlerei.** 30 Tafeln in neuer 3. Auflage. M. 12.
III. **1 Vorlagewerk,** praktische und einfache **Entwürfe für die Möbeltischlerei.** 4. neue Auflage. 32 Tafeln. M. 10.
Gewissenhafte und durchaus praktische Kalkulations-Auszüge, sowie eine Anleitung, wie Tischlerarbeit überhaupt kalkulirt werden muß, wird jedem Werke beigefügt.

**Ernst Rettelbusch,**
f. 3 prakt. Tischler, Zeichner und Werkführer, technisches Bureau für Tischlerarbeiten,
**Nürnberg, Wielandstraße Nr. 17.**

## Hobelbänke
**in sauberer, trockener Waare**
empfiehlt
**mit Schubkasten und geschmiedeten Bankhaken, Blatt von 3" Holz.**

| cm | 155 | 175 | 190 | 200 | 230 |
|---|---|---|---|---|---|
| M. | 31 | 33 | 35 | 37 | 39 |

**Schraubböcke, Schraubzwingen**
**Hermann Bergs,**
**Liegnitz i. Schl.**
**Versand gegen Kasse und Nachnahme.**

## „Der praktische Tischler",
Wegweiser zur Selbstständigkeit,
**Preis M. 1,75,**
ist vorräthig in jeder Buchhandlung sowie in der Expedition der „Neuen Tischler-Zeitung".

Für
## Händler u. Wiederverkäufer!
**Alleinverkauf** f. Hamburg d. Stuhl-Fabrik **W. Peschlow, Berlin,** Köpenickerstraße 134. Spezial-Fabrikation von Stühlen und Bänken mit **patentirten** Holzfournierfitzen in **Leder-Imitation, Gravirmanier** und gelocht mit **patentirter wasserfester** Verleimung.
## Wiener Stühle
mit Rohr und **patentirten** Fournierfitzen.
**Christian Hagemeister,**
**Admiralitätstraße 26.**
**Lager von Stuhlsitzen!**

## Carl Benthin,
**Altona, Reichenstr. 8,**
empfiehlt

inkl. Eisen:
| | | |
|---|---|---|
| **Rauhbänke,** | geölt, von M. | 4,20 an, |
| **Doppelhobel,** | " " | 2,40 " |
| **Putzhobel,** | " " | 2,35 " |
| **Schlichthobel,** | " " | 1,75 " |
| **Schrubbhobel,** | " " | 1,35 " |

sowie große Auswahl von **Façonhobeln, Nuthobeln, Hobelbänken, Schraubknechten** ꝛc. — Die **Eisen sämmtlicher Hobel** sind **unter Garantie.** Ferner halte große Auswahl in sonstigen **Ia** Tischlerwerkzeugen, Beschlägen für **Bau- und Möbeltischler** zu äußerst billigen Preisen.

## Holz! Holz! Holz!
Für **Tischler u. Drechsler: Ahorn, Roth- und Weißbuchen, Ellern, Nußbaum und Mahagoni, ausgeschnittenes Stuhlholz u. Tischfüße** stets vorräthig in der Drechslerei und Holzhandlung von
**F. Wagner,**
**Hamburg, Hinter den Hütten 23.**

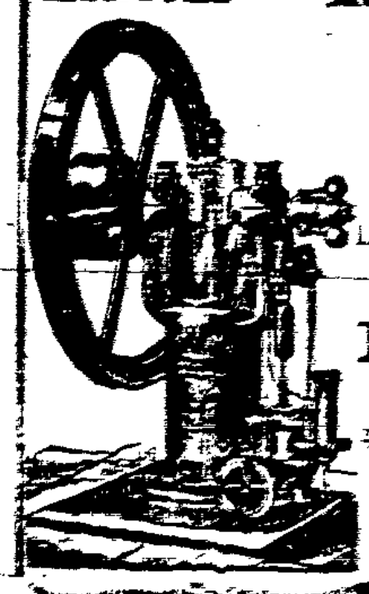
**Fabrik für Möbel-Verzierung**
von
**Gustav Richter**
in **Oberschöna**
bei **Frankenstein in Sachsen**,
empfiehlt
**Schrankgesimse, Aufsätze, Pilaster und Capitäle, sowie Fraiserei und Schnitzerei.**
Illustrirter Preiskourant zu Diensten.

**Nußbaum-, Mahagoni- und Eichendicken,**
trockene Waare, sowie sämmtliche Fourniere
stets vorräthig.
**Kolbe & Biehl,**
**Hamburg, Cremon 24.**

# Paul Horn, Hamburg.
## Fabrik chemischer Produkte.
**Comptoir: Hamburg,** Admiralitätstrasse No. 23.
**Fabrik: Wandsbeck,** Zollstrasse No. 39.

**Paul Horn's** **Mattpräparate** (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
**Paul Horn's** **Monopol-Polituren** (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
**Paul Horn's** **wasserechte Beizen** in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
**Paul Horn's** **Politur-Glanz-Lacke,** farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
**Paul Horn's** **Schellack-Porenfüller,** einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
**Paul Horn's** **Schellack-Politur-Extrakte** sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
**Paul Horn's** **Copal-, Bernstein-,** Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
**Paul Horn's** **Flintsteinpapiere** sind überall gelobt, da zähe und scharf.
**Paul Horn's** **diverse Sorten Leim** sind preiswerth und von ff Qualität.
**Paul Horn** **liefert Ia. rektifiz. 96** proz. nicht stinkenden **Spiritus,** unter zollamtlicher Kontrole denaturirt.
**Paul Horn** **ist „preisgekrönt** Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889."
**Paul Horn** **erhielt das Preisdiplom** auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
**Paul Horn** **besitzt das Ehrendiplom** der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
**Paul Horn** **sind viele Hunderte** lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
**Paul Horn** **effektuirte** im Jahre 1891 6528 Aufträge.
**Paul Horn** **versendet Preisbücher** gratis und franko.

**Aktiengesellschaft der Maschinen-Fabriken**
# Escher, Wyss & Co.
Zürich. **Ravensburg.** Leesdorf.



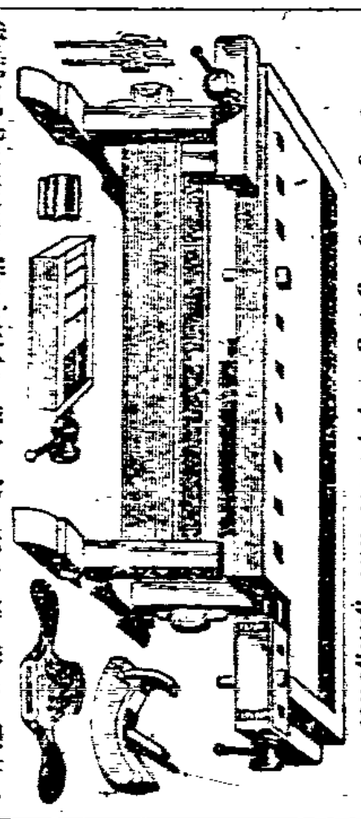
**Gas- und Petroleummotore**
stehende Anordnung von ½—5 Pferdekräften.
**Gas- und Petroleummotore**
liegende Anordnung, einzylindrig, v. 2 Pferdekr. aufwärts
**Gas- und Petroleum-Zwillingsmotore**
mit äusserst gleichmässigem Gang,
ganz besonders f. elektrische Beleuchtungszwecke geeignet
**Ausführliche Prospekte auf Verlangen kostenfrei.**
**Prima Referenzen im In- und Ausland.**

**Sengstack & Lehmann.**
**Hamburg.** Herrengraben Nr. 8, 9. **Hamburg.**
**Eisenwaaren-Handlung.**
**Komplettes Lager von Werkzeugen für Tischler und Bildhauer.**
**Hobelbänke, Hobel,** Schraubzwingen, Böcke, Kneifzangen, amerik. Hobel, Holz-Aufsätze, Beilen, Zirkel 2c. Große Auswahl in feinen **Möbelbeschlägen** in Nickel, Cuivre poli, vergoldet, Eisen und Blanc-Messing.

Verlag v. B. F. Voigt in Weimar.
Werkzeichnungen für
# Glaser und Bautischler,
insbesondere jede Art von Fenstern und alle damit verwandten Arbeiten zum Zwecke der inneren und äußeren Ergänzung und Ausstattung der Wohnhäuser u. anderer Gebäude.
Von
**J. Graef** sen. u. **M. Graef** jun.
in Erfurt.
Zweite verbesserte Auflage.
28 Folio-Tafeln mit erklärendem Text.
Gr. 4. In Mappe. 9 Mark.
Vorräthig
in allen Buchhandlungen.

# W. Bremer,
**Altona, Königstraße 80,**
liefert
**Werkzeuge, Hobelbänke,** sowie sämmtliche Sorten **Hobel, Sägen** 2c., gleich fertig zum Gebrauch mit bestem englischen Werkzeug.
Versand nach allen Gegenden des In- und Auslandes
Nichtpassendes wird bereitwilligst getauscht.
**Man verlange Preisaufgabe.**

# J. L. Züchtig,
**Altona, Kl. Bergstraße 8.**
Empfehle mein großes Lager in:
**Hobelbänken, Schraubknechten, Böcken, Schraubzwingen, Hobeln,**
mit bestem englischen Eisen in sämmtlichen Sorten. **Sägen** mit Zeichen **Sonne, Hall'sche** Sägenfeilen **englische Leimtöpfe** mit kupfernem Einsatz. **Baubeschläge** in großer Auswahl **Möbelbeschläge** vernickelt, messing, vergoldet 2c.



Fernspr.: 3507, I. **Richard Hartke,** Fernspr.: 3507, I.
Hamburg, Deichstr. 12.
Holzwerkzeuge, gefällt, polirt und hanghar.
Größtes Lager von sämmtlichen Werkzeugen für Maurer, Maler- und Gartenstühler, Zimmerleute, Drechsler u. Tischlermacher.
Spezialität: Axte, Beile, Hobelkeen, Meißel-Feder 2c. sämmtlicher Art.

Stühle — Das grösste Lager aller Arten — Stühle
**Wirthschafts-Stühle**
sowie massiv gebogener
**Wiener Stühle**
mit Rohr- oder Fourniersitz
in allen Hölzarten,
**Engros u. Export,**
bei
**William Meyer junr.,**
Hamburg 8,
35 Alte Gröningerstr. 35.
Fernspr. No. 4234.
Amt I.
Stühle — Stühle


## Versammlungs-Anzeiger.
(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Pfg.)

**Eilenburg.** Sonnabend, den 14. Januar, Abends 8 Uhr. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Verschiedenes. Erscheinen Aller erwünscht.
**Die Lokalverwaltung.**

**Göttingen.** Sonnabend, den 14. Januar, Abends 8½ Uhr. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom vierten Quartal 1892. 2. Neuwahl der Lokalverwaltung. 3. Verschiedenes.
**Die Lokalverwaltung.**

**Saarbrücken.** Sonntag, den 8. Januar, Nachm. 3 Uhr, im Kaisersaal zu St. Johann: Generalversammlung. Tagesordnung: Die Gewerkschaftsbewegung. (Ref.: Kollege Emmel.)

## Adressen von Herbergen und Verkehrslokalen für Tischler.
(A = Arbeitsnachweis, H = Herberge, R = Reiseunterstützung, V = Verkehrs- oder Vereinslokal.)

**Altenburg.** H u. A: „Gute Quelle", Deichstraße. R zahlt Kass. Hauptie, Mauergasse 5 b III.
**Altona.** H u. V (auch für Korbmacher) bei Ebler, Norderstraße 37.
**Augsburg.** H und V: „Paritätswirth", Georgstr. Daselbst R Abends nur von 6—7 Uhr.
**Aschersleben.** H, V u. A im „Prinz von Preußen", vor d. Wasserthor.
**Barmen.** H und V bei E. Beckmann, Brucherstr. 7. A: Mittags u. Abds.
**Berlin.** H und V befinden sich Ritterstraße 123, bei Stramm.
**Bremen.** H u. A b. Heinr. Zirus, Stadtstraße 3. Daselbst R. Auch Korbmacherherberge.
**Bremerhaven.** H u. A b. Dreckmeyer, „Zur Sonne", Osterstr. 8. R b. Sieghold, Deich 108, von 7½—8½ Uhr.
**Breslau.** V Heinrichstr. 5; H u. A Messergasse 32, 1. Etg., Schmiedebrücke 51.
**Cassel.** H und A im Gasthaus zur „Stadt Homberg", Graben 60.
**Coblenz.** H bei Wwe. Gräfen, Wöllersgasse 2, „Zur Carlsburg". A und R Mittags v. 12—1, Abds. v. 8—9 Uhr.
**Cottbus.** H u. A b. A. Lehninger, Schloßkirchstr. 38. R b. R. Horn v. 12-1 u. 7-8 U., Petersilienstr. 12.
**Darmstadt.** H u. A b. Blome, „Stadt Mannheim", Schloßgasse 27. V bei Cramer, Arheilgerstr. 50.
**Dessau.** H in „Stadt Braunschweig", Leipzigerstr. 24. A das. jd. Abd. v. 8-9 Uhr.
**Dresden.** A der Holzarbeiter Seik's Gasthaus, Kl. Brüdergasse 17. Daselbst jeden Dienstag Vereinsabend.
**Düsseldorf.** V u. A b. Fr. Hölsken, Zentralherb. Wallstr. 24. R b. Fr. Wagner, Geeresheimstr. 40, II.
**Elberfeld.** H, V u. A bei Hrn. Gerbracht, Bleichstr. 14 (Am Stadttheater).
**Flensburg.** H u. V b. C. Ralfs, Schleswiger Chaussee. R b. J. Kühl, Norderstr. 128, v. 12—1 u. 6½—8 Uhr. Abds.
**Frankfurt a. M.** Zentralh. und A: „Prinz Karl", Alte Mainzercasse 32. V im „Rebstock" Kruggasse 4.
**Fürth.** H u. V „Gasth. z. grünen Baum". R bei C. Dornseiff, Hirschenstr., von 12—1 und 5—8 Uhr.
**Gera.** H u. V: „Gasth. z. Preußischen Hof", Roßplatz. A von 8—9 Uhr Abends.
**Halle a. S.** H u. V b. Tschepke, Martinsberg 5, daselbst A und R.
**Hamburg.** H V und A b. Ramm, „Lessinghalle", am Gänsemarkt.
**Hannover.** H u. V bei Uelschen, Bergstraße 9. Daselbst A und R.
**Leipzig.** H u. A: „Rheinischer Hof", Windmühlenstraße 44.
**Magdeburg.** H u. V.: Neustädterstr. 42 bei Winkler, Kassirer R. Schleif, Scharrnstr. 4. R von 6½—7½ Uhr Abds.
**Mannheim.** H und A: Zentralherberge, T. 6, 1 c.
**Meißen.** H u. A Roseng 320, daselbst R. V Restauration Hartmann, Burgstr., daselbst alle 14 Tage Versammlung.
**München.** H u. V: Kreuzbräu, Brunnstr. 7. A jeden Abend von 7—8 Uhr.
**Nürnberg.** H, V u. A im Gasthaus zum „König v. England", Breiteg. 31.
**Offenbach a. M.** Zentral-Herberge und A zur „Stadt Heidelberg", Gr. Biergrund 43.
**Oldenburg.** Bevollm. O. Meier, Nelkenstr. 17. V u. Ab Lendermann, Kurwickstraße 28.
**Pforzheim.** Zentral-Herberge und A: Gasthof „Zum Heidelberger Faß", Westl. C., Fr. Str. 11.
**Potschappel.** H und V „Rothe Schänke", Döhlen. R K. Wittig, Schulstraße 8 b von 7½—8½ Uhr Abends.
**Prenzlau.** H Gasth. z. gr. Baum, Prinzenstraße 633. Kass. Ferd. Rowe, Heinstalstr. 510, I. Tal. R 12-12½ u. 7½-8½.
**Schwerin.** H u. V bei T. Ogorlolke, Gr. Moor 49, das. A u. Zahl. d. R.
**Wiesbaden.** V bei Euler, Schwalbacherstr. 3. H u. A b. Apel, Gemeindebadgäßchen 6.

Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.